



Vom Katholikentag zum Fest der Generationen

Die Geschichte des Landeshauses und der Villa Horion
1909 bis 2009

von
Ewald Grothe

Vorwort

Im Landeshaus verbinden sich Tradition und Moderne zu einer gelungenen Symbiose. Ein historisch-ehrwürdiges Ambiente harmoniert mit modernen Akzenten. Die Architektur wurde behutsam auf heutige Nutzungsanforderungen ausgerichtet, moderne Kunst in denkmalgeschützter Umgebung und lichtdurchflutete Räume empfangen die Besucherinnen und Besucher. Welche Geschichte und welche Geschichten wurden in diesem Landeshaus und der angrenzenden Villa Horion im letzten Jahrhundert geschrieben, welche Entwicklungen hat das spannungsreiche städtebauliche Umfeld erlebt?

In dieser Broschüre, in der wir ein kleines Stück Zeitgeschichte festhalten möchten, können Sie das erfahren: Geschichte, in der sich Wandel, aber manchmal auch erstaunliche Kontinuität über mehr als drei Generationen widerspiegeln.

So trafen sich Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem damals als Messeplatz genutzten Grundstück am Rheinufer zehntausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Deutschen Katholikentag. Und fast 100 Jahre später gab es wieder einen Anlass zu einer großen Begegnung: Im August 2006 feierten rund zwei Millionen Menschen aller Generationen am Rhein ein großes Landesfest zum 60-jährigen Jubiläum Nordrhein-Westfalens, zu dem auch das Landeshaus seine Türen öffnete.

Die Broschüre dokumentiert solche Kontinuität, sie zeigt aber auch, wie sich Landeshaus und Villa Horion im Laufe der Zeit verändert haben. Die Architektur beider Gebäude war im Jahr 1909 vom Raumbedarf des Rheinischen Provinziallandtages bestimmt. Für den Landeshauptmann sollte eine repräsentative Dienstwohnung und für die Zentralverwaltung des Provinzialverbandes sollten ausreichend Büroräume entstehen. In den folgenden Jahrzehnten waren immer wieder An- und Umbauten, immer wieder Sanierungen und Restaurierungen nötig. Die Anforderungen der Ministerpräsidenten unseres Landes, die des Landschaftsverbandes Rheinland und verschiedener Ministerien prägten das Gebäude. Aber auch der jeweilige Zeitgeist, die technischen Möglichkeiten und nicht zuletzt die Kunst haben deutlichen Einfluss auf die Ausgestaltung genommen. Heute nutzen das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration das Landeshaus und der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalens die Villa Horion.

Wandel prägte auch die nähere Umgebung: Neben der Veränderung des Hafens, dem Bau der Rheinkniebrücke und des Landtages war es vor allem die Einweihung des Rheinfertunnels, die ein großartiges Stück Lebensqualität schaffte und das Landeshaus direkt an den Rhein rückte.



Gehen Sie mit dieser Broschüre auf eine interessante und unterhaltsam geschriebene Zeitreise durch das letzte Jahrhundert. Auf eine Zeitreise, bei der es um Architektur, um Kunst, um ein wichtiges Stück Düsseldorfer Stadtgeschichte und nordrhein-westfälischer Landesgeschichte geht – und nicht zuletzt um interessante Begegnungen mit den Menschen, die im Landeshaus und in der Villa Horion gearbeitet haben.

A handwritten signature in black ink, which reads 'Armin Laschet'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Armin' being larger and more prominent than the last name 'Laschet'.

Armin Laschet
Minister für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom Katholikentag zum Fest der Generationen

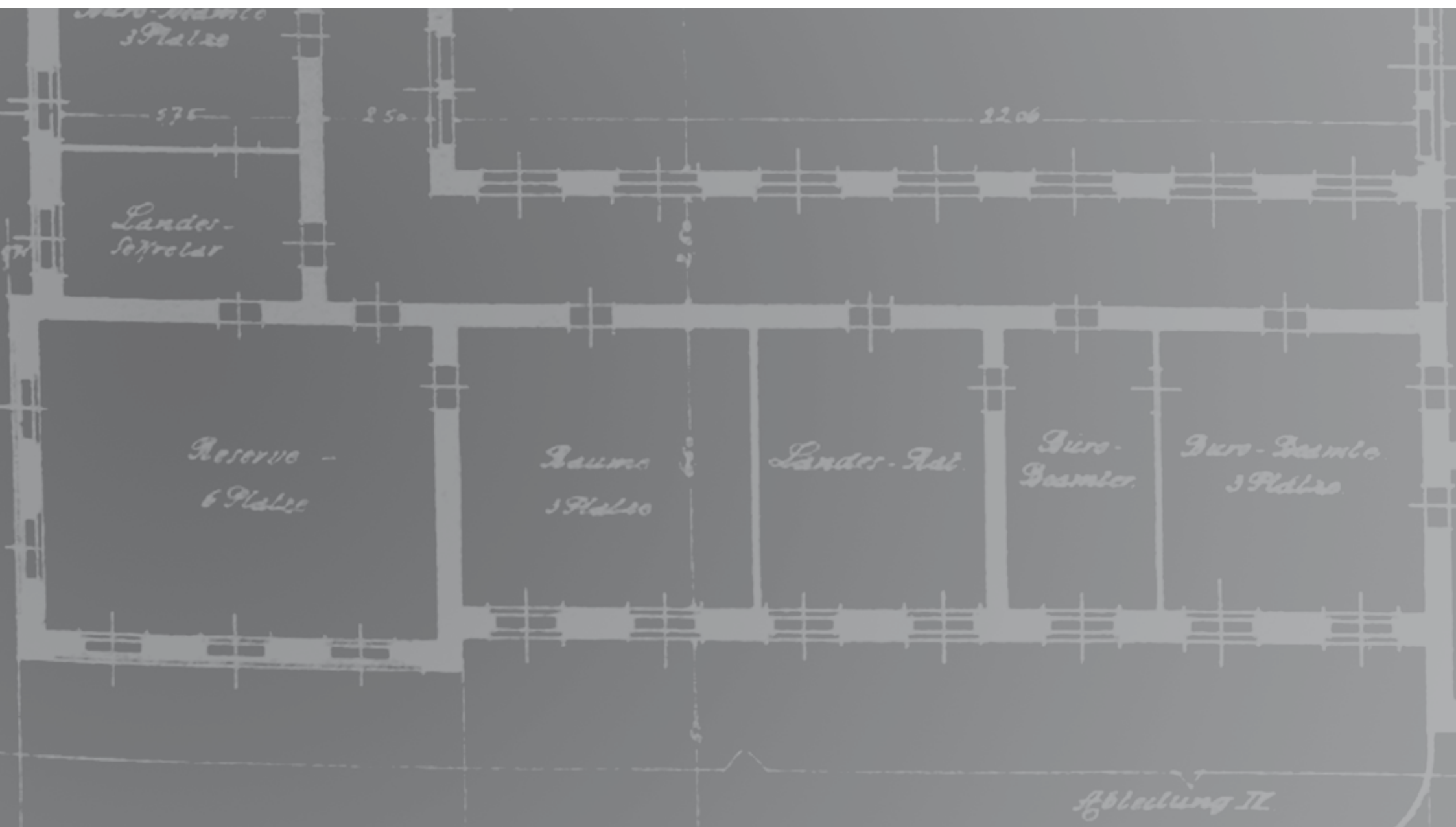
Die Geschichte des Landeshauses und der Villa Horion
1909 bis 2009

von

Ewald Grothe

Inhalt

Planung, Bau und Einzug 1909–1918	5
Ausbau, Umbau und Umnutzung 1919–1945	23
Vom Provisorium zum Prunkstück 1946–2009	35
Exkurse	
Die rheinischen Provinzialstände (1823–1887), der Rheinische Provinzialverband (1872–1945) und der Landschaftsverband Rheinland (1953 bis heute)	8
Hermann vom Endt (1861–1939) – Mitgestalter der Düsseldorfer Innenstadt um 1900	12
Der Berger Hafen	14
Das Landeshaus in Düsseldorf – ein Beispiel für ein Verwaltungsgebäude am Beginn des 20. Jahrhunderts	18
Der Dreimädelbrunnen – vom ‚Überleben‘ eines Denkmals	21
Dr. Johannes Horion (1876–1933) – Landeshauptmann der Rheinprovinz 1922–1933.....	25
Die Rheinkniebrücke – architektonisches Markenzeichen am südlichen Rheinufer Düsseldorfs	49
Der neue Landtag am Rhein	51
Der Rheinufertunnel – ein Jahrhundertprojekt	54
Kunst am Bau – auf der Suche nach Farbe (von Renate Ulrich)	57
Kunst aus Nordrhein-Westfalen im Landeshaus (von Maria Engels)	58
Anhang	63
Impressum	76



X 1909–1918

Planung, Bau
und Einzug



Das „Rheinland“ gewinnt Düsseldorfer Architekt vom Endt siegt im Bauwettbewerb



Das von Julius Raschdorf (1823–1914) 1881 erbaute Ständehaus am Düsseldorfer Schwanenweiher, 1890

Die Luft war schlecht. In dem längst zu klein gewordenen Sitzungssaal des Ständehauses am Düsseldorfer Schwanenweiher drängten sich am 12. März 1909 gut 160 Abgeordnete des 49. Rheinischen Provinziallandtages: Landräte, Kommerzienräte und Bergräte trafen auf Brauereibesitzer, Architekten und Weingroßhändler, Gutsbesitzer auf Fabrikanten. Es war das Bild der besseren Gesellschaft. Hier saßen Besitzbürger neben Bildungsbürgern, Beamte neben Kaufleuten. Unter ihnen befanden sich so namhafte Personen wie der Düsseldorfer Oberbürgermeister Wilhelm Marx, die Fabrikanten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach aus Essen und Fritz Thyssen aus Mülheim sowie Kommerzienrat Josef Neven DuMont aus Köln. Die von den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen gewählten Vertreter aus den fünf Regierungsbezirken der Rheinprovinz (Aachen, Düsseldorf, Köln, Koblenz und Trier) diskutierten über die Aufgaben der öffentlichen Gesundheits- und Armenfürsorge, der Landeskultur und der Volkswirtschaft, die in Preußen seit über 80 Jahren der provinziellen Selbstverwaltung übertragen waren.

Unter dem Vorsitz des Bonner Oberbürgermeisters Wilhelm Spiritus (1854–1931) trat der 49. Rheinische Provinziallandtag zur fünften von sechs Sitzungen innerhalb der Woche vom 7. bis 16. März 1909 zusammen. Über die Taubstummenanstalten, die Hebammenlehranstalten, das Rheinische Landesmuseum,

die Feuerversicherungsanstalt und den Straßenbau hatte man in den vergangenen Tagen bereits diskutiert, als unter Tagungsordnungspunkt Nr. 4 die „Beschaffung weiterer Diensträume für den Provinziallandtag und die Provinzialverwaltung“ zur Entscheidung anstand. Der Provinziallandtag beschloss in dieser Sitzung einstimmig den Umbau des Ständehauses und den Ankauf eines am Berger Ufer (seit 1940: Mannesmannufer) gelegenen Grundstücks von 8.300 Quadratmetern zum Preis von 50 Mark pro Quadratmeter, auf dem „ein neues Verwaltungsgebäude nebst Dienstwohnung für den Landeshauptmann“ errichtet werden sollte. Für den Grunderwerb sowie die Um- und Neubaupläne des Düsseldorfer Architekten Hermann vom Endt wurden insgesamt 2,5 Millionen Mark bewilligt. Eine zehnköpfige Kommission sollte mit dem Provinzialausschuss die Entwürfe durcharbeiten.

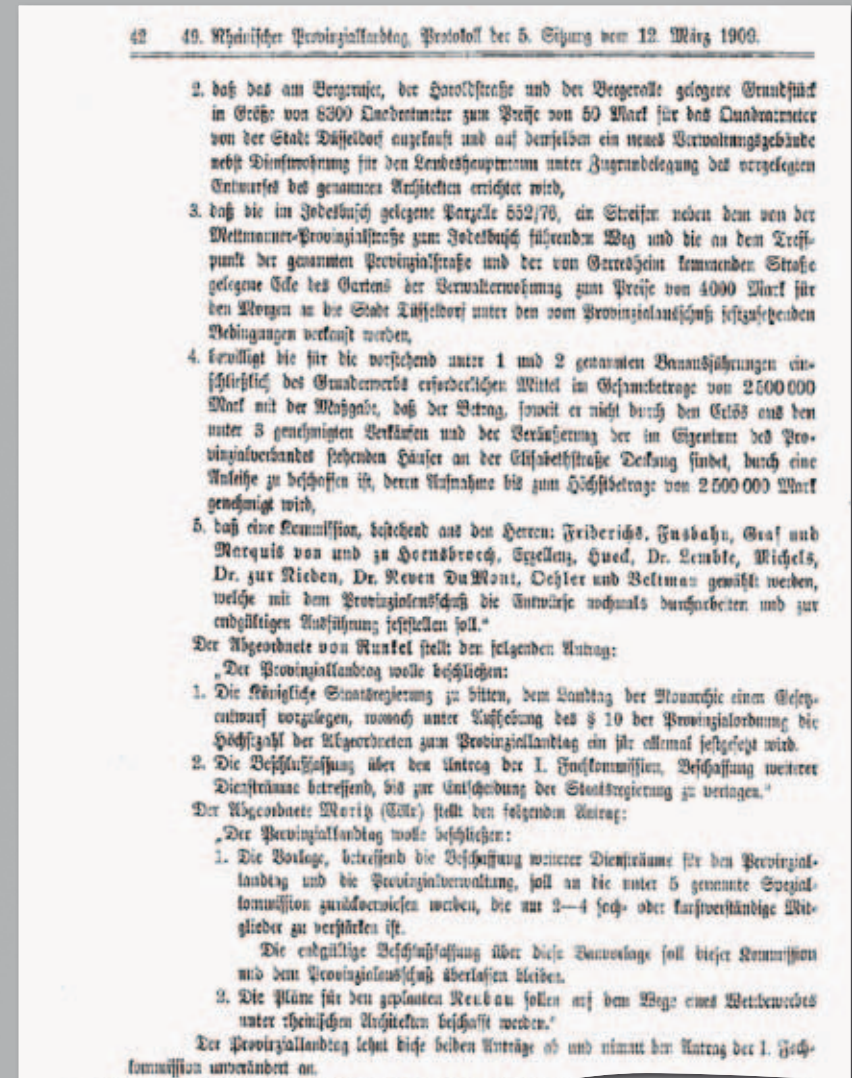
Mit dem Baubeschluss des Provinziallandtages vom März 1909 war ein mehrjähriges Planungs- und Beratungsverfahren an einem entscheidenden Punkt angelangt. Wenige Monate später wurde der Kaufvertrag mit der Stadt Düsseldorf abgeschlossen. Fast gleichzeitig begannen die Bauarbeiten für das als Landeshaus bezeichnete Gebäude der Provinzialverwaltung auf dem Grundstück, das nur wenige Meter vom Rheinufer entfernt am nördlichen Rand des Berger Hafens in der Karlstadt gelegen war.



Wilhelm Marx (1851–1924),
Oberbürgermeister von Düsseldorf,
1899–1910 Mitglied des Rheinischen
Provinziallandtages



Wilhelm Spiritus (1854–1931),
Oberbürgermeister von Bonn, 1909–1918
Vorsitzender des Rheinischen Provinziallandtages



Baubeschluss in den Verhandlungen
des Rheinischen Provinziallandtages,
Sitzung vom 12. März 1909 (Auszug)

Die rheinischen Provinzialstände (1823–1887), der Rheinische Provinzialverband (1872–1945) und der Landschaftsverband Rheinland (1953 bis heute)

Als eine Art Ersatz für eine gesamtpreußische Verfassung, die bis 1848 ausblieb, wurde im Jahr 1823 ein allgemeines preußisches Gesetz über die Einrichtung von Provinzialständen erlassen. Auf dieser Grundlage trat im Oktober 1826 erstmals der Rheinische Provinziallandtag in Düsseldorf zusammen. Etwa 80 Deputierte aus vier Ständen, Standesherrn, Rittergutsbesitzer, Städte- und Gemeindevertreter, berieten im Durchschnitt vier Wochen über Gesetzentwürfe für die Provinz und landschaftliche Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Diese ständische Vertretung wurde alle zwei bis drei Jahre vom preußischen König einberufen und tagte bis zur Revolution von 1848 insgesamt acht Mal. Auf eine echte provinzielle Selbstverwaltung, die sich aus eigenen Mitteln finanzieren konnte und über eine eigenständige Zentralverwaltung verfügte, musste die Rheinprovinz indes noch geraume Zeit warten. 1871 durfte der Provinziallandtag seine Finanzierung per Umlage sicherstellen. Es bildete sich ein Provinzialverwaltungsrat als geschäftsführendes Selbstverwaltungsorgan. Ihm oblagen Straßenbau, Kranken- und Armenfürsorge, Unterhalt von

Lehranstalten sowie die Pflege von Kunst und Wissenschaft. Seit 1873 gab es eine zentrale Verwaltung in Düsseldorf, der ein auf sechs Jahre gewählter Landesdirektor vorstand, der seit 1897 Landeshauptmann hieß. Der Provinzialverband unterhielt mehrere Heil- und Pflegeanstalten für „Geisteskranke“, Blinde und Taubstumme, ein Armenhaus, eine Hebammenschule, mehrere landwirtschaftliche Schulen sowie eine Arbeitsanstalt; er finanzierte zudem eine Feuersozietät, eine Hilfskasse, eine Versorgungskasse für Beamte und ihre Angehörigen, zwei Provinzialmuseen und einen Landeskonservator.

Mit der preußischen Provinzialordnung von 1875 und deren Einführung in der Rheinprovinz 1887 wurde die Selbstverwaltung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und nachfolgend sukzessiv ausgebaut. Der nun nicht mehr ständische, sondern gewählte Provinziallandtag aus knapp 80 Abgeordneten tagte wenigstens alle zwei Jahre öffentlich für etwa eine Woche. Als Exekutivorgan der Selbstverwaltung agierte ein 13-köpfiger Provinzialausschuss.

Seit 1921 wurde der Provinziallandtag alle vier Jahre von der Bevölkerung direkt gewählt; der Provinzialverband übernahm weitere Aufgaben wie die Kriegsopferfürsorge. Ende 1933 wurden die Selbstverwaltungsorgane der Provinz von den Nationalsozialisten zwangsweise aufgelöst. Nur der politisch gleichgeschaltete Landeshauptmann versah weiterhin seine Tätigkeit, nun allerdings gemeinsam mit dem Oberpräsidenten als Leiter der Provinzialregierung. Nach 1945 wurde die provinzielle Selbstverwaltung vorübergehend als Teil der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung weitergeführt, bis 1953 die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen gegründet wurden. Der Landschaftsverband Rheinland ist als Zusammenschluss von 14 kreisfreien Städten und 13 Kreisen bis heute im Bereich der Sozial-, Jugend- und Gesundheitsfürsorge sowie der Landschafts- und Kulturpflege tätig. Er unterhält mit rund 15.000 Beschäftigten 70 (dezentrale) Einrichtungen. 1959 hat er seine Hauptverwaltung von Düsseldorf nach Köln verlegt.

Aber wie war es eigentlich zum Neubau des Landeshauses zwischen 1909 und 1911 gekommen? Schauen wir zurück. Der Rheinische Provinziallandtag klagte bereits seit der Jahrhundertwende über Raumprobleme. Die Ursache dafür war, dass die 1887 im Rheinland eingeführte Provinzialordnung die Anzahl der Vertreter der einzelnen Städte und Kreise von deren Einwohnerzahl abhängig machte. Bei dem rasanten Bevölkerungswachstum stieg die Abgeordnetenzahl ständig an. Allein die Stadt Düsseldorf vergrößerte sich zwischen 1885 und 1910 um das Dreifache. 1888 hatte der Rheinische Provinziallandtag aus 139 Abgeordneten bestanden, 1907 bereits aus 176. Der Platz im 1881 errichteten Ständehaus wurde immer enger. Der Sitzungssaal erwies sich als zu klein, obwohl die Bauverwaltung mit der Verbreiterung der Bankreihen bei schmaleren Gängen mehr Platz zu schaffen versucht hatte.

Die Raumnot verschärfte sich, weil auch die Zentralverwaltung stetig wuchs und zunehmend weitere Aufgabenfelder übernahm. Begonnen hatte man 1875 mit gerade einmal neun höheren Beamten, die Zahl hatte sich inzwischen vervielfacht. Und obwohl man bereits Teile der Verwaltung in andere Düsseldorfer Gebäude

ausgelagert hatte, war abzusehen, dass eine große Lösung unausweichlich sein würde. Oberbürgermeister Spiritus stellte als Berichterstatter des Provinzialausschusses am 13. März 1907 – also genau zwei Jahre vor dem endgültigen Baubeschluss – fest, dass gehandelt werden müsse, bevor man nach den nächsten Landtagswahlen einer erneut gestiegenen Abgeordnetenzahl gegenüberstehe. Der Provinzialausschuss sollte Ermittlungen zum Raumbedarf und zu möglichen Lösungen anstellen.

Wiederum auf den Tag genau ein Jahr später – wir schreiben das Jahr 1908 – befasste sich die Provinzialversammlung wieder mit der Raumfrage. Die Überlegung, das Ständehaus durch Anbauten zu erweitern, war schnell vom Tisch, denn die Stadt Düsseldorf als Eigentümerin des Geländes verweigerte ihre Zustimmung, weil „das Stadtbild durch Verkleinerung der [...] gärtnerischen Anlagen beeinträchtigt und das architektonische Bild des Gebäudes vollständig geschädigt würde“. Die Argumente erinnern auffällig an die Diskussion um die Ständehausenerweiterung in den 1970er-Jahren – mit dem Unterschied allerdings, dass früher die Stadt und später ihre Bürger Einspruch einlegten.



Landeshaus am Berger Ufer, um 1920



Das von Traugott von Saltzwedel
1907–1911 erbaute Regierungspräsidium
in der Cecilienallee, 1911

Ein Neubau für den Provinziallandtag oder die Zentralverwaltung am Berger Ufer (heute: Mannesmannufer) war gleichfalls umstritten. Die hohen Kosten seien wegen der „augenblicklich schlechten Finanzlage“ kaum zu rechtfertigen. Und auch andere Gründe mögen eine Rolle gespielt haben: Denn 1907 hatte sich das preußische Regierungspräsidium gegen den Standort entschieden und in der Cecilienallee gebaut, weil ein Gebäude am Berger Ufer „den hier vorherrschenden Westwinden zu sehr ausgesetzt“ sei. Die Bedenken wurden aber diesmal angesichts der geringen Alternativen zu einem Neubau schnell ausgeräumt. Dies fiel umso leichter, als die Stadt dem Provinzialverband ein attraktives Angebot unterbreitete. Das Gelände am Berger Ufer biete ausreichend Platz und ermögliche zusätzlich den Bau einer Dienstvilla für den Landeshauptmann. Zudem, so urteilte die zehnköpfige Baukommission, bedeute der von der Stadt „vorgeschlagene Preis von 50 M. pro Quadratmeter [...] ein ganz außergewöhnliches Entgegenkommen“. Noch plante die Provinzialverwaltung, den Neubau für den Provinziallandtag und den Provinzialausschuss zu nutzen und der Verwaltung das Ständehaus zuzuweisen. Für den Umbau des Ständehauses wurde ein Wettbewerb unter „deutschen Architekten“ ausgeschrieben. Der Kommis-

sionsantrag für beide Baumaßnahmen erfuhr – wie das Protokoll vermerkt – ohne weitere Aussprache „allseitige Zustimmung“. Damit war auch der Weg für die Errichtung des späteren Landeshauses frei.

Das Gelände am Rheinufer hatte die Stadt bis dahin als Messeplatz genutzt. Noch vom 16. bis 20. August 1908, nicht einmal ein Jahr, bevor die Bauarbeiten für das Landeshaus begannen, fand am ehemaligen Berger Ufer die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, kurz: der Deutsche Katholikentag, nach 1883 zum zweiten Mal in Düsseldorf statt. An dem Platz, den später das Landeshaus und das Mannesmannhaus (Behrensbau) einnehmen sollten, hatte der Architekt Josef Kleesattel (1852–1926) eine aus Holz gefertigte riesige 90 mal 42 Meter große Halle errichtet, die mit ihren fünf orientalisierenden Kuppeln entfernt an eine Moschee erinnerte. Allein die Höhe der mittleren Kuppel betrug 33 Meter, und die monumentale Halle fasste 11.000 Besucher. Das kurz nach der Jahrhundertwende am Ufer gebaute Hafenmeisterhäuschen wirkte winzig dagegen. Die provisorische Holzkonstruktion wurde nach Ende der Veranstaltung – wie geplant – abgerissen; nun war der Platz für die neue Bebauung geräumt.

Am 30. Oktober 1908 fällte das Preisgericht, dem ein Vertreter der Stadt angehörte, sein Urteil über vier vorgelegte Umbau-Entwürfe für das Ständehaus. Unterlagen eingereicht hatten die Architekten vom Endt, Kleesattel, Moritz und Wöhler; bis auf Moritz aus Köln waren die anderen drei in Düsseldorf tätig. Die technischen Gutachter entschieden sich für den anonymisierten Entwurf mit dem Kennwort „Rheinland“. Diesem Votum schlossen sich die übrigen Preisrichter an. Als Sieger ging der Düsseldorfer Architekt Hermann vom Endt hervor. Den drei anderen Projekten mit den Kennworten „Standesgemäß“, „Adler im blauen Feld“ und „Rheinländer“ wurde zwar mancher gute Gedanke bescheinigt, aber letztlich landeten sie doch deutlich abgeschlagen auf den Plätzen.



Die von Josef Kleesattel (1852–1926) aus Holz errichtete Halle für den Katholikentag auf dem Gelände des späteren Landeshauses, 1908

Hermann vom Endt (1861–1939) – Mitgestalter der Düsseldorfer Innenstadt um 1900

Hermann vom Endt hatte, als er das Landeshaus und die Villa des Landeshauptmanns plante, bereits zahlreiche bekannte Gebäude in der Düsseldorfer Innenstadt gebaut. So hatte er u. a. folgende Geschäfts- und Verwaltungsbauten entworfen: Landesbank (1895), Apollo-Theater (1899), Allgemeine Ortskrankenkasse (1904/05), Oberpostdirektion (1905–1907), Opernhaus (Innenausbau 1906), Allgemeiner Schaaffhausen'scher Bankverein (1906), Girardethaus (1905–1909), Verein Deutscher Eisenhüttenleute (1909/10) und Hohenzollernhaus (1909–1911). 1926 entwarf er gemeinsam mit Josef Kleesattel die Wohnsiedlung Eulerhof in Düsseldorf-Flingern. Er war auch als Juror bei Architektenwettbewerben tätig. Vom Endt bevorzugte einen historistischen Baustil, indem er sich einer neoklassizistischen und neobarocken Formensprache mit einem Hang zur Monumentalität bediente. Damit reihte er sich in eine Architektengruppe ein, die der Düsseldorfer Innenstadt ein wilhelminisches Gepräge verlieh. Ganz im Gegensatz zum Landeshaus stand das von Peter Behrens konzipierte Mannesmannhaus, das architektonisch nicht zurück-, sondern vorgriff, indem hier der Prototyp eines Bürogebäudes mit einem Stahlrohrskelett ohne tragende Innenwände entstand.



Hermann vom Endt (1861–1939),
Düsseldorfer Architekt

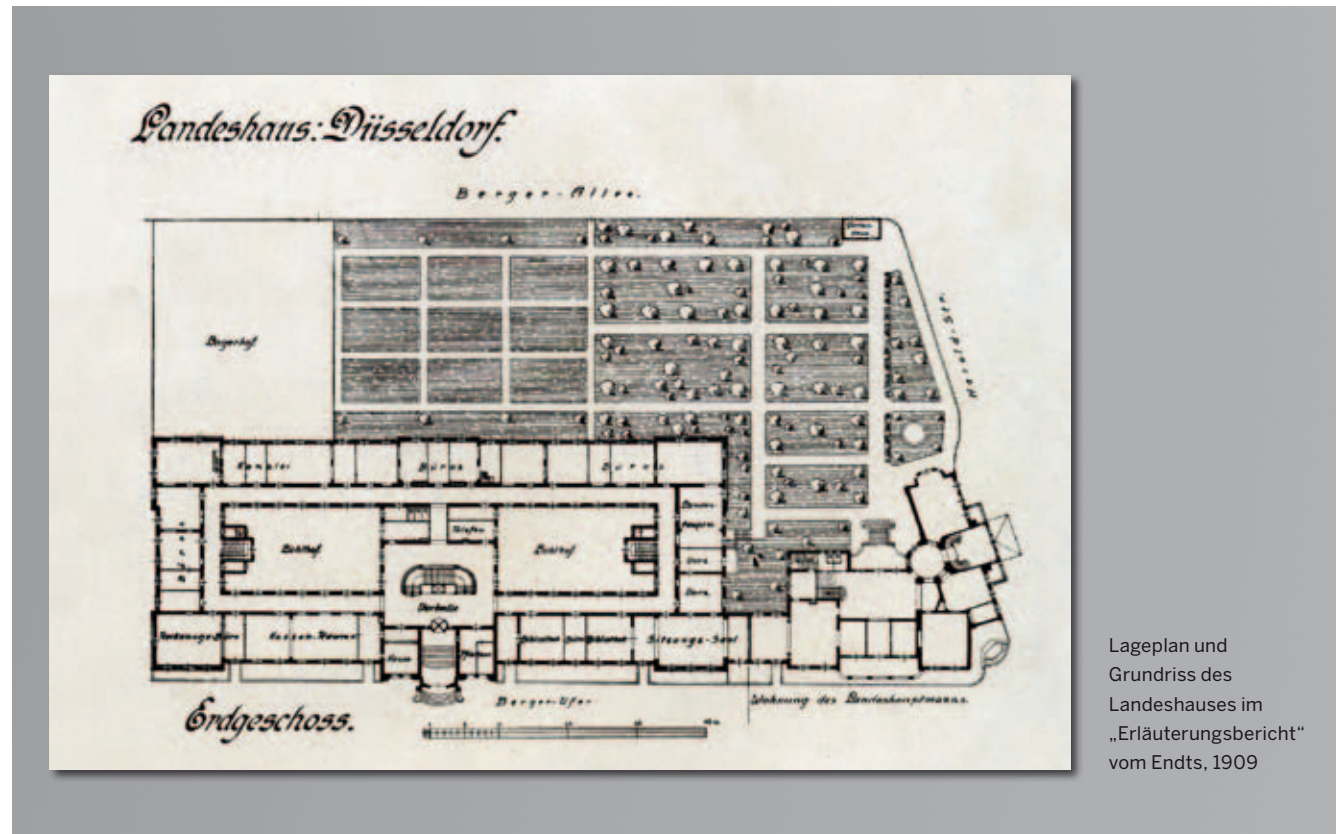
Letzte Zweifel bestanden bis zuletzt bei der Standortwahl für das Landeshaus. Noch im Dezember 1908 wurde ein Grundstücksgesuch im Düsseldorfer Generalanzeiger aufgegeben. Allerdings kam von den zehn angebotenen Flächen am Ende ernsthaft nur diejenige am Berger Ufer infrage; gegen andere sprach entweder die ungünstige Lage oder ein sehr viel höherer Kaufpreis. Die weitere Nutzung des Berger Hafens schien mit den Bauplänen im Übrigen nicht zu kollidieren; zumindest taucht das Argument in den Debatten nicht auf.

Vom Endt hatte zunächst nur den ersten Preis für den Umbau des Ständehauses gewonnen. Die nicht erfolgte Ausschreibung eines Wettbewerbs für das Verwaltungsgebäude am Berger Ufer (heute: Mannesmannufer) stieß bei den Düsseldorfer Architekten allerdings auf scharfe Kritik und führte sogar zu einer entsprechenden Pressemitteilung Ende Februar 1909. Der Landeshauptmann von Renvers gab die Begründung, dass man wegen der einfachen Ausführung des Verwaltungsgebäudes auf die Ausschreibung eines Wettbewerbs verzichtet habe. An der Entscheidung der Provinzialverwaltung änderte der Einspruch jedenfalls nichts mehr.

Bis Februar 1909 arbeitete vom Endt einen „Erläuterungsbericht“ zum Neubau des Verwaltungsgebäudes aus. Hierin führt er nicht nur den Bebauungsplan für den 84 mal 34 Meter großen Neubau näher aus, sondern legt

auch Grundgedanken für die Nutzung durch die verschiedenen Verwaltungsabteilungen vor. Das Gelände zur Berger Allee (heute: Horionplatz) hin solle als „Reserve für spätere notwendig werdende Erweiterungen frei bleiben“. Die Baukosten für das Verwaltungsgebäude und die angrenzende Dienstwohnung des Landeshauptmanns bezifferte vom Endt auf 1,35 Millionen Mark.

Am 26. Februar 1909 reichte Landeshauptmann Ludwig von Renvers (1855–1936), der zwischen 1903 und 1921 der Selbstverwaltung der Rheinprovinz vorstand, die Pläne des Architekten an den Provinziallandtag weiter. Dieser stimmte am 12. März 1909 dem Entwurf zu, der am 23. März im 13-köpfigen Provinzialausschuss, dem Exekutivgremium, beraten wurde. Noch im April folgten der grundsätzlichen Entscheidung die ausführenden Maßnahmen der Bauverwaltung. So wurde im Provinzialausschuss über die Größe der Büroräume nachgedacht. Dem Gedanken, „wie dies in großen Bank- und kaufmännischen Geschäften geschehe“, Arbeitsräume für 20 bis 25 Personen zu schaffen, wurde mit dem Einwand begegnet, „die Zusammenführung so vieler Beamten in einem Raume“ sei wegen deren vorwiegender Bürotätigkeit „unzweckmäßig“. Kritisch diskutiert wurden auch die Bebauungsmöglichkeiten für die Dienstwohnung, da die „schiefwinkelige Lage“ eine Herausforderung für den Architekten darstelle, dessen Aufgabe es sei, die „sich bildende scharfe Ecke abzurunden“.



Lageplan und Grundriss des Landeshauses im „Erläuterungsbericht“ vom Endts, 1909

Noch Ende April 1909 erfolgten erste Maßnahmen zur Aufstellung des Bauzaunes und für den Schutz des alten Lindenbestandes an der Berger Allee. Im Gegensatz zu den Bäumen genossen nicht alle bisherigen Nutzer des Geländes zwischen Berger Allee, Haroldstraße und Berger Ufer Bestandsschutz. Der Mineralwasserbetrieb Jacob Broich bat in einer Eingabe darum, eine bis dahin durch den benachbarten Hafen gut frequentierte Trink-

halle auf dem neu ausgewiesenen Baugelände belassen zu dürfen. Unmissverständlich erwiderte vom Endt, dass das Trinkhäuschen nur außerhalb des Zaunes stehen dürfe und auch „keine Fensteröffnungen“ zur Baustelle geduldet würden. Natürlich wollte der Architekt das Durchreichen von Getränken für die Bauarbeiter konsequent unterbinden.

Der Berger Hafen

Der Berger Hafen am südlichen Düsseldorfer Rheinufer wurde 1886 eröffnet. Die Benennung erinnert an den Berger Hof, einen Gutshof vor dem älteren Berger Tor, das am südlichen Stadtausgang Düsseldorfs lag. Durch eine Westverschiebung des Rheinufers entstand das sogenannte Rheinwerft, das 1902 eingeweiht wurde. Bis 1909 wurde der Nordteil des Hafenbeckens auch als Petroleumhafen genutzt. Ansonsten verkehrten vor allem sogenannte schnell laufende Dampfer der hier ansässigen Speditionen Cretschmar und Damco. Vor dem Landeshaus selbst stand bis in die 1950er-Jahre das Hafen- oder Werftmeisterhäuschen. Im Bereich des heutigen Landtages befanden sich verschiedene Hafengebäude, u. a. die Getreidemühlen Fortin, Kraft und die Firma Rhenus. Das Rheinwerft war zum Teil durch Schienen, die parallel zum Rheinufer verliefen, erschlossen. Überlegungen zur teilweisen Stilllegung des Hafens begannen in den 1960er-Jahren. Seit 1976 wurde der ehemalige Berger Hafen in ein City-Erweiterungsgebiet umgewandelt, auf dem der Rheinpark entstand. 1978 fiel die Entscheidung, den nordrhein-westfälischen Landtag im zugeschütteten Hafenbecken neu zu bauen. 1980 lief das letzte Schiff in den Berger Hafen ein. Im ehemaligen Hafengelände wurde 1982 der Rheinturm als Fernsehturm in Betrieb genommen. Im selben Jahr begannen die Bauarbeiten für den neuen Landtag, der 1988 eingeweiht wurde. Der Hafen selbst wurde mit innovativer Architektur bebaut und wird heute wegen seiner Nutzung u. a. durch die Kommunikationsbranche als Medienhafen bezeichnet.



Berger Hafen und Landeshaus, 1954



Das 1902 erbaute Hafen- oder Werftmeisterhäuschen, 1902/03



Medienhafen, 2006

Im August 1909 erteilte die Polizeiverwaltung der Stadt Düsseldorf den Bauerlaubnisschein und am 16. Oktober 1909 wurde das Baugelände für 415.000 Mark von der Stadt erworben. Mit den ersten Erdarbeiten wird dagegen noch im Sommer des Jahres begonnen worden sein. Zumindest hatte der Landeshauptmann „wegen der Dringlichkeit“ vorsorglich die behördliche Genehmigung für einen vorgezogenen Baubeginn beantragt. Der Zeitplan war ehrgeizig, denn man musste so schnell fertig sein, dass die an den Umzug der Verwaltung sich anschließenden Baumaßnahmen im Ständehaus bis zur Landtagseröffnung 1913 abgeschlossen werden konnten. Da galt es gleich zu Beginn, keine Zeit zu verlieren.

Der schnelle Abschluss schien jedoch im Frühjahr 1910 infrage gestellt zu sein. Denn in dieser Phase lähmte ein Arbeitskampf im Baugewerbe vorübergehend den Fortgang. Allein in Düsseldorf waren 87 Firmen und weit über 200.000 Arbeiter beteiligt. Während der Aussperrung sei der Neubau „Tag und Nacht“ durch „Nachtwächter, womöglich mit Hund“, bewacht worden, teilte der Architekt dem Landeshauptmann mit. Aber selbst von den Begleitumständen des Arbeitskampfes ließen sich die Bauarbeiten nicht dauerhaft aufhalten.

#82

Düsseldorf, den 14. Juli 1909.
Reichsstraße 61-63.

Die Beihilfen auf Lieferungen und Beihilfungen gehen für Rechnung des bet. Bauherrn.
Es wird gebeten in allen Schreiben, Rechnungen etc. die bet. Beihilfe anzugeben.

Landeshaus-Neubau. ...

Abchrift.

Herrn
Jacob Broich,
...

Unter Bezugnahme auf die letzte telefonische Rücksprache mit Ihnen, teile ich Ihnen mit, dass die Provinzial-Verwaltung als Platzmieter für Ihr Trinkhäuschen am Bergerufer Mark 28,00 pro Monat (zahlbar pränumerando am 1. eines jeden Monats) verlangt.

Der Platz wird vermietet auf jederzeitigen Widerruf. Gleichzeitig sind Sie allein haftbar und allein verantwortlich für jeglichen Unfall, der Ihnen, Ihren Leuten oder einem Dritten durch die Bautätigkeit und Allen was damit zusammenhängt, zuzurechnen sollte. Ebenso haften Sie für sämtlichen Schaden, der durch die oben genannte Tätigkeit Ihrem Eigentum zugefügt wird.

Der Eingang zum Trinkhäuschen muss wie auch jetzt stets ausserhalb des Bauzimmers bleiben und muss das Trinkhäuschen nach der inneren Bauzimmenseite vollständig geschlossen bleiben; es dürfen als auch keine Fensteröffnungen nach dort angeordnet werden. Gegenstände irgendwelcher Art dürfen durch sie nicht innerhalb des Bauzimmers gelagert werden, auch ist der Platz um das Trinkhäuschen von jeglichen Abfällen frei zu halten.

Ich

Architekt vom Endt an den Trinkhallenbetreiber Jacob Broich, 14. Juli 1909 (Auszug)

184

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe e. V. Berlin W. 9.
Ortsgruppe Düsseldorf
Geschäftsstelle: Schadowstrasse 29. Fernruf: 2083.

Landeshaus-Neubau
- 4.5.1910 Abt. 113
Nr. 6710

Düsseldorf, den 30. April 1910.

P. P.

Da Sie an dem schweren wirtschaftlichen Kampfe, der zwischen den deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerkes ausgebrochen ist, lebhaft interessiert sind, erlauben wir uns Ihnen in beiliegendem Schreiben die Veranlassung der Bewegung zu unterrichten und Sie ergehen zu bitten, Sie von Ihnen mit Aufträgen betrauten Unternehmer in Schutz zu nehmen und nicht zur Ausführung der Arbeiten zu drängen.

Die Bewegung ist in Deutschland (Berlin und Hamburg ausgenommen) allgemein. Es sind 22.000 Arbeitgeber, davon 27 Düsseldorfer Unternehmer-Firmen und weit über 200.000 Arbeiter an derselben direkt beteiligt. Da die ganze Leitung in den Händen des Bundes in Berlin ruht, ist der einzelne hier machtlos und muss sich dessen Anordnungen fügen. Der baldigen Beendigung des Kampfes und Erzielung eines Vertragschlusses, welcher den Interessen beider Teile zu dienen geeignet ist, ist eifriges Zusammenhalten der Arbeitgeber erforderlich.

Es wird das vornehmste Bestreben unserer Mitglieder sein, die Arbeitsspitze, welche jetzt verstreut wird, nach Möglichkeit wieder einzuholen.

Hochachtungsvoll !
Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe e.V.
Ortsgruppe Düsseldorf.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe über den Arbeitskampf, 30. April 1910



Letzte Arbeiten am Landeshaus mit
Baustellenschild der Firma Ballauff, 1911

Seit Herbst 1910 waren die Handwerker mit dem Innenausbau befasst. So hatte das in Düsseldorf ansässige „Ingenieur-Büro für gesundheitstechnische Anlagen“ A. Ballauff einen Kostenvoranschlag für die Ausstattung von Waschküche und Bügelzimmer im Dienstwohngebäude des Landeshauptmanns eingereicht. In Frage stand zum einen, ob die „Wascheinrichtung hydraulisch oder mittelst Elektromotor angetrieben“ werden sollte. Zum anderen habe er „für die Toiletten der Herren Oberbeamten“ im Landeshaus „ein neues verbessertes Klappventil konstruiert“, wodurch „das Ansetzen von Schmutz an den Ventilketten ausgeschlossen“ sei. Beide technischen Errungenschaften durfte Ballauff einsetzen, da dem Provinzialverband eine hygienisch einwandfreie Ausstattung des Neubaus wichtig war. In das Gebäude wurden auch drei elektrische Aufzüge – einer für Personen und zwei für Akten – montiert. Für den Personenaufzug lieferte die Kölner Firma „Mix & Genest“ einen Telefonapparat. Im Dezember 1910 führte die Erste rheinische Handelsgesellschaft im Beisein des Bauausschusses

den neuen elektrischen Staubsauger unter der Typenbezeichnung „Morell“ im Landeshaus vor. Bedauerlich war, dass aus dem Berliner Kultusministerium verlautete, dass „zurzeit keine Bilder verfügbar sind, welche zur Ausschmückung des dortigen Landeshauses dargeliehen werden könnten“. Aber die Fotos aus dem Innern des Landeshauses, die 1925 für das Werk zum hundertjährigen Jubiläum der Provinzialverwaltung verwendet wurden, zeigen, dass der Sitzungssaal mit mehreren Werken bildender Kunst ausgestattet war.



Angebot der Firma A. Ballauff für die Wascheinrichtung, 3. Oktober 1910 (Auszug)



Sitzungssaal im Landeshaus, um 1920



Telefonapparat für den Personenaufzug, 1910



Treppenhaus des Landeshauses, um 1920

Das Landeshaus in Düsseldorf – ein Beispiel für ein Verwaltungsgebäude am Beginn des 20. Jahrhunderts



Landeshaus von der Rheinseite aus, 1911/12



Villa des Landeshauptmanns, um 1920/25

Es handelt sich beim Landeshaus um eine im schlicht ausgeführten Neoklassizismus erbaute Vierflügelanlage mit vier Geschossen, die von einem fünften mittleren Treppenhausflügel geteilt wird. Auf jeder Seite befindet sich ein Innenhof. Durch den Ausbau Anfang der 1930er-Jahre wurden die ursprünglichen zwei Innenhöfe auf vier erweitert. Die Hauptfront mit 84 Meter Länge verläuft parallel zum Rheinufer. Der Erweiterungsbau hin zur Berger Allee (heute: Horionplatz) hat die Gebäudetiefe von ursprünglich 34 auf 56 Meter erhöht. Die Rheinfassade des Landeshauses besitzt ein mit Muschelkalksteinen versehenes Sockelgeschoss und darüber drei mit Tuffstein verblendete Geschosse. Schmale senkrechte Mauerbänder (Lisenen) zieren den aus der Trauflinie heraustretenden Mittelteil der Rheinfassade (Risalit) mit dem (früher genutzten) Hauptportal. Davor befand sich ursprünglich eine mit Pfeilern und Figuren geschmückte Freitreppe. Die streng vertikal gegliederte Fassade verleiht dem eher schmucklosen Gebäude eine gewisse Monumentalität. Ursprünglich besaß das Gebäude ein ausgebautes Mansardgeschoss. 1960 wurde dieses durch ein Attikageschoss ersetzt. Der mittlere Bereich war durch ein steiles Walmdach, ehemals von einer Laterne bekrönt, nochmals hervorgehoben. Ebenso wie das gesamte Gebäude an ein barockes Schloss mit seinen Flügeln und Innenhöfen erinnert, denkt man auch beim Wohngebäude des Landeshauptmanns an ein kleines Barockschlösschen.

Die Dienstvilla des Landeshauptmanns wurde an der südlichen Schmalseite des Landeshauses zeitlich parallel zweigeschossig angebaut. Sie war vom Verwaltungsgebäude aus über einen Sitzungssaal im südlichen Teil des Erdgeschosses erreichbar. Das als Wohnhaus genutzte Gebäude erhielt nach 1945 nach seinem ehemaligen Bewohner Johannes Horion die Bezeichnung Horionhaus bzw. Villa Horion. Es handelt sich um ein schrägwinklig an das Eckgrundstück zur Haroldstraße gelegenes Palais, das im gleichen neoklassizistischen Stil wie das Landeshaus erbaut wurde. Zum Berger Ufer (heute: Mannesmannufer) besitzt es einen von Säulen getragenen Balkon. In den Winkeln zwischen den beiden Schauseiten des Hauses zum Berger Ufer und zur Haroldstraße sind antikisierende Reliefs mit je drei Figuren angebracht. Die Eingangsfront zur Haroldstraße ist mit einem hervortretenden Portikus mit orientalisierenden Säulen versehen, der im Obergeschoss als Balkon begehbar ist. Die Villa besitzt ein seit der Bauzeit unverändert gebliebenes Mansard-Walmdach.

Beide Gebäude, Landeshaus und Villa Horion, lassen sich von ihrem Stil her zum einen mit anderen Düsseldorfer Verwaltungs- und Geschäftsbauten des ortsansässigen Architekten Hermann vom Endt vergleichen. Zum anderen sind sie in ihrer Funktionalität bei allerdings bescheidenerer Bauästhetik dem Regierungspräsidium mit

angeschlossener Dienstvilla in der Cecilienallee oder auch dem Stahlhof vergleichbar, die jeweils kurz zuvor errichtet worden waren. Trotz erheblicher baulicher Veränderungen im Laufe von 100 Jahren wurden sie als Zeugnisse funktional schlichter Verwaltungsarchitektur des frühen 20. Jahrhunderts 1984 in die Denkmalliste aufgenommen.



Dienstwohnung des Landeshauptmanns, um 1920

In einer knappen Meldung des „Düsseldorfer Generalanzeigers“ wurde am 21. Juli 1911 mitgeteilt, dass das Landeshaus am Berger Ufer fertig gestellt sei. Von einer förmlichen Einweihungsfeier war ebenso wenig die Rede, wie jemals eine Grundsteinlegung, ein offizieller Baubeginn o. ä. in den Akten dokumentiert wurde. Sofort nach der termingerechten Fertigstellung des Landeshauses begann die Verlegung der Geschäftsräume der Provinzialverwaltung aus dem Ständehaus und anderen Geschäftsstellen dorthin. Nach dem Haushaltsplan von 1913/14 waren insgesamt 150 Beamte in der Zentralverwaltung des Provinzialverbandes beschäftigt und damit vom Umzug betroffen, davon 24 Oberbeamte (Landesräte, Landesverwaltungsräte etc.).

Beim Einzug der Verwaltung spielte die Verteilung auf die insgesamt 138 Diensträume eine wichtige Rolle. So fertigte man im März des Jahres bereits eine Aufstellung über die Anzahl von Stühlen, Aktenböcken und ähnlicher Bürogegenstände an, an denen sich der Rang des jeweiligen Beamten ablesen ließ. Im Oktober 1911 baten die Sekretariatsbediensteten um die Zuteilung weiterer Räume, denn die bisherige „Massen-Zusammensetzung“ von sechs bis acht Beamten pro Zimmer beeinträchtigte die „Schaffensfreudigkeit“ der Mitarbeiter erheblich. Der Verwaltungsalltag hatte in das Landeshaus längst Einzug gehalten. Und die Raumaufteilung ist angesichts der heute geltenden Raumbedarfsrichtlinien immer noch ein wichtiges Thema.



Landeshaus und Mannesmannhaus (Behrensbau),
im Vordergrund das Rheinufer (Rheinwerft), um 1915

Die standesgemäße Ausstattung des Dienstwohngebäudes des Landeshauptmanns nahm im Laufe des Jahres 1911 Formen an. So lieferte die Düsseldorfer Firma Meiswinkel vier „schmiedeeiserne verzinkte Weinstellagen“ für den Keller. Noch im selben Jahr erfolgte die Einfriedigung des Geländes am Berger Ufer. Für die Haroldstraße und die Berger Allee erwog man zudem wegen der Fahrgeräusche eine Asphaltierung statt des üblichen Straßenpflasters. Andererseits aber war einer Notiz zu entnehmen, dass „der Verkehr auf dieser Straße [gemeint war das Berger Ufer, E. G.] sehr gering“ sei und deshalb die Trottoirbreite von fünf Metern „vollkommen genügen“ würde. Auf dem nördlichen Nachbargrundstück errichteten die Mannesmann-Röhrenwerke 1911/12 nach den Plänen des Direktors der Düsseldorfer Kunstgewerbeschule Peter Behrens (1868–1940) ihr Verwaltungsgebäude.

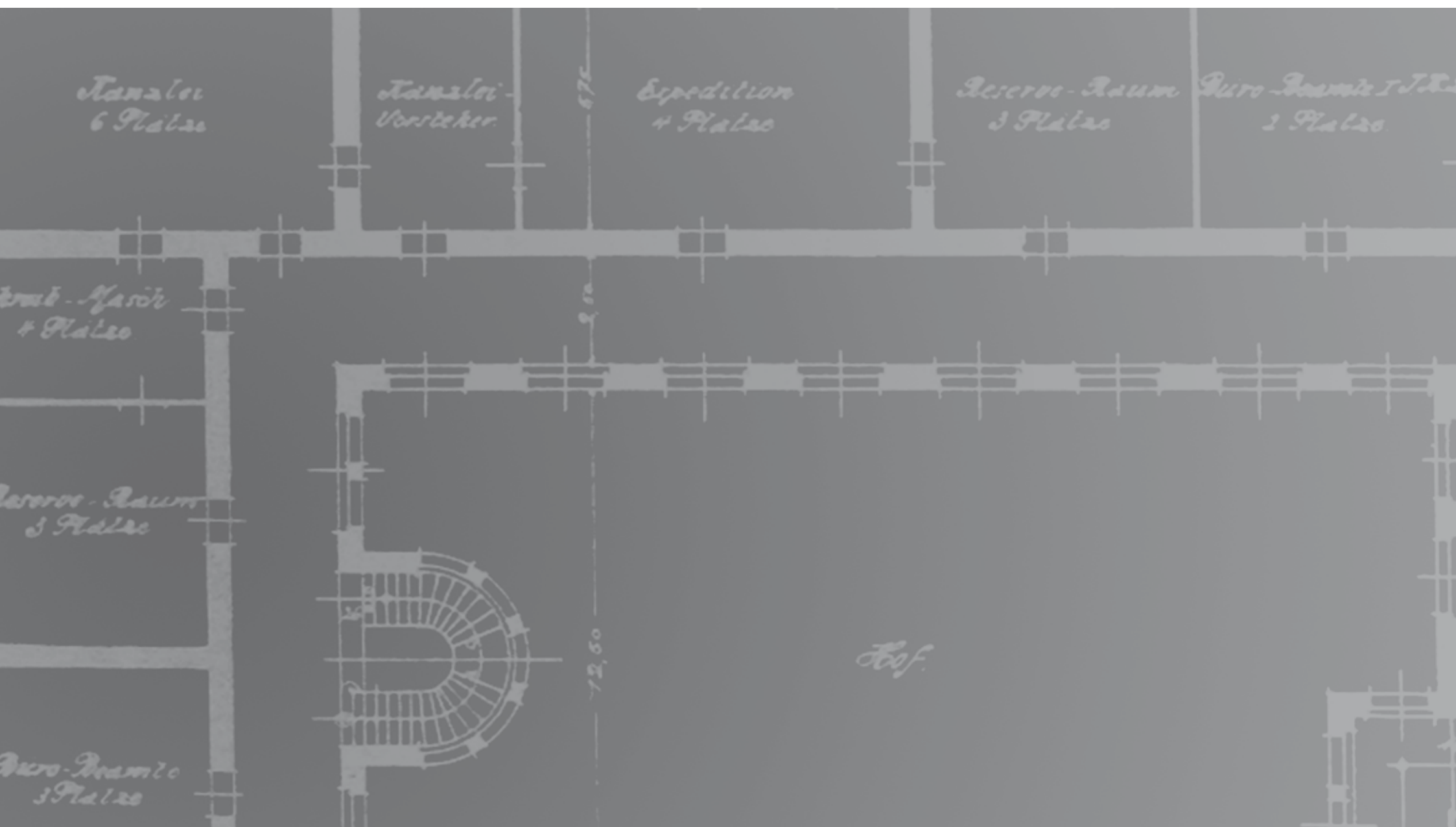
Sofort nachdem das Landeshaus und das angebaute Dienstgebäude für den Landeshauptmann seit Sommer 1911 genutzt wurden, begann man mit dem Umbau des Ständehauses. Die Baumaßnahmen wurden in der durch Hermann vom Endt geplanten Form ausgeführt und 1913 abgeschlossen. Damit war der Rheinische Provinzialverband ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkriegs mit seinen beiden Hauptgebäuden, dem Ständehaus am Schwanenspiegel und dem Landeshaus am Rheinufer, raummäßig ausreichend versorgt. Zunächst – denn der vorhandene Platz an der Rückfront des Landeshauses zur Berger Allee war bereits bei den Planungen als Erweiterungsmöglichkeit berücksichtigt worden. Angesichts des weiteren Aufgabenzuwachses des Provinzialverbandes im Ersten Weltkrieg (Kriegsopfer-, Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenen- und Flüchtlingsfürsorge) war ein Ausbau der Verwaltung und damit ein notwendiger Gebäudeanbau nur noch eine Frage weniger Jahre.

Der Dreimädelbrunnen – vom ‚Überleben‘ eines Denkmals

Während große Teile der Düsseldorfer Innenstadt im Zweiten Weltkrieg zerstört oder stark beschädigt wurden und auch das Dach des Landeshauses in Mitleidenschaft gezogen worden war, hat der vor der südwestlichen Ecke des Dienstgebäudes des Landeshauptmanns 1915 errichtete sogenannte Dreimädelbrunnen die Zeiten unversehrt überstanden. Auf Anregung des Düsseldorfer Verschönerungsvereins aus dem Jahr 1911 hatten der Bildhauer Leon Lauffs die Bronzegruppe dreier junger Frauen und Hermann vom Endt den Muschelkalksockel des Brunnens für 21.000 Mark geschaffen. Bereits im Ersten Weltkrieg, nur drei Jahre nach seiner Aufstellung, war der von der Württembergischen Metallwarenfabrik Geislingen (WMF) gegossene Brunnen vom Einschmelzen bedroht. 1942 sollte das 120 Kilogramm schwere Stück erneut als „Metallspende“ für Kriegszwecke dienen. 1947 stellte man den Brunnen wieder am ursprünglichen Platz auf, bevor er 1951 vorübergehend im städtischen Fuhrhof eingelagert wurde. 1959 baute man ihn aus verkehrstechnischen Erfordernissen erneut ab. Im April 1964 wurde der Brunnen an einem neuen Standort in Düsseldorf-Golzheim (Friedrich-Lau-Straße 11) wieder in Betrieb genommen, wo er noch heute zu sehen ist. Der Brunnen wurde 1990 in die Denkmalliste aufgenommen und wird seit 2007 von der Tischgemeinschaft „Radschläger 1971“ der Düsseldorfer Jonges als Paten betreut.



Dreimädelbrunnen, um 1930



X 1919–1945

Ausbau,
Umbau und
Umnutzung



Vom Ausbau zur Zerstörung

Provinzialverband und Landeshaus zwischen Demokratie und Diktatur



Straßenwärter des Provinzialverbandes

Einen der wohl tiefgreifendsten Umbrüche in seiner Geschichte erlebte der Rheinische Provinzialverband nach dem Ersten Weltkrieg. Hier zeigte sich eine Parallele zur politischen Entwicklung auf Reichsebene, denn die Revolution von 1918 und ihre Folgen durchdrangen alle Bereiche der Gesellschaft. Neuer Vorsitzender des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses wurde der Kölner Oberbürgermeister (und spätere deutsche Bundeskanzler) Konrad Adenauer (1876–1967). Einer aber blieb – für weitere drei Jahre jedenfalls – im Amt: Landeshauptmann Ludwig von Renvers agierte bis zu seiner Pensionierung als Verwaltungschef, bevor er im Oktober 1921 von Johannes Horion abgelöst wurde.

Für den Provinziallandtag, der bisher ein ständisches Gremium gewesen war, brachte die Umstellung des politischen Systems von einer Monarchie auf eine Republik eine fundamentale Demokratisierung mit sich. Diese Demokratisierung stand dabei – wie generell die Verwaltung im Rheinland – unter Aufsicht der Interalliierten Rheinlandkommission. Nachdem der alte Provinziallandtag im Dezember 1920 letztmals zusammengetreten war,

versammelte sich der direkt demokratisch gewählte und damit neu legitimierte Landtag erstmals im März 1921. Den alliierten Einfluss konnten die Verwaltungsbeamten des Landeshauses im Übrigen persönlich wahrnehmen, denn zwischen 1922 und 1924 war ein Offizier der Interalliierten Kommission in der Dienstvilla des Landeshauptmanns Horion einquartiert.

Was bedeutete aber diese fundamentale Umstellung für die Provinzialverwaltung, die seit einem knappen Jahrzehnt im Landeshaus residierte? Um es auf die kurze Formel des damaligen Verwaltungsjuristen Otto Mayer zu bringen: Verfassung vergeht – Verwaltung besteht. In der Tat zogen die revolutionären Veränderungen im Bereich der preußischen Provinzialverfassung nicht entsprechend tiefe Umbrüche in der Verwaltung nach sich. Das zeigte sich bereits in der Beibehaltung des Verwaltungschefs, des Landeshauptmanns von Renvers. Und auch die Zuständigkeiten der Provinzialverwaltung blieben bestehen. Die Verwaltungstätigkeit wurde von ihrem Umfang her nicht geringer – ganz im Gegenteil: Die Aufgaben im Bereich der Infrastruktur wuchsen angesichts der weiter steigenden Bevölkerungszahlen weiter an, Wohlfahrtspflege, Sozial- und Gesundheitsfürsorge, kulturelle und wirtschaftliche Aufgabenbereiche expandierten.

ZUSAMMENTRITT DES ERSTEN DEMOKRATISCH GEWÄHLTEN PROVINZIALLANDTAGES

13.03.1921

Bei der Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltung ergaben sich nach 1918/19 andere Schwerpunkte. Gingen die Tätigkeiten im Bereich der Fürsorgerziehung und in der Landwirtschaft eher zurück, so stiegen sie auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Finanzverwaltung und der Überleitung ehemals rheinischer Gebiete deutlich an. Hinzu traten neue Bereiche der Kulturpflege wie die von Landeshauptmann Horion angestrebene Denkmalpflege und die Archivberatung. Außerdem verstärkte man das Engagement im Straßenbau mit den Anfängen des Autobahnbaus und in der Landesplanung.

Dr. Johannes Horion (1876–1933) – Landeshauptmann der Rheinprovinz 1922–1933

Johannes Horion (1876–1933), aufgewachsen in Sinnersdorf in der Nähe von Köln, war eine Art Eigengewächs des Provinzialverbandes. Denn nach einem Studium der Nationalökonomie und Rechtswissenschaft mit abgeschlossener Promotion trat er 26-jährig 1902 in die Rheinische Provinzialverwaltung ein. Erst war er Dezerent des Landesarmenwesens, 1904 als Landesrat Leiter des Wohlfahrtswesens der Rheinprovinz. Horion gilt als „Vater der modernen Kriegsbeschädigtenfürsorge“, die er während des Ersten Weltkriegs aufbaute und die beispielgebend für andere preußische Provinzen und andere Länder wurde. Auf niedrigem diplomatischen Parkett verhandelte er mit der belgischen Regierung und den Saarbehörden über Fragen der Gebietsabtretungen. Seine Wahl zum Landeshauptmann als Nachfolger von Ludwig von Renvers erfolgte am 14. März 1922 auf Vorschlag Konrad Adenauers. In seinem Amt widmete er sich u. a. intensiv der Kulturarbeit. So geht die Begründung der rheinischen Denkmalpflege (1925 Provinzialstelle für Naturschutz) ebenso auf ihn zurück wie die Gründung einer Archivberatungsstelle für Kommunen, öffentliche Körperschaften und Familien Ende der 1920er-Jahre. Er galt als einer der Kandidaten für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten, blieb aber in Düsseldorf. Als Katholik und Mitglied der Zentrumsparterie hätte ihm nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wohl die Absetzung gedroht. Aber sein früher Tod mit nur 57 Jahren im Februar 1933 verhinderte dies. Horion erhielt ein Ehrengrab auf dem Düsseldorfer Südfriedhof.



Dr. Johannes Horion (1876–1933),
rheinischer Landeshauptmann 1922–1933

WAHL VON DR. JOHANNES HORION ZUM LANDESHAUPTMANN

14.03.1922

1922 waren in der Zentralverwaltung im Landeshaus 29 Oberbeamte beschäftigt. Das war gegenüber den für 1913/14 notierten 24 höheren Beamten eine Steigerung um etwa ein Viertel. Der Verwaltungsausbau und -umbau machte auch immer wieder Raumprobleme spürbar und Verlegungen erforderlich. Als die Registraturbeamten 1919/20 in das Dachgeschoss umziehen sollten, war für sie das Maß voll. Mit einer geharnischten Beschwerde wandten sie sich an den Landeshauptmann. Die Räume unter dem Dach seien im Sommer zu warm und im Winter zu kalt, was bei dem fortgeschrittenen Dienstalter der Beamten unzumutbar sei. Den Akten ist allerdings die Entscheidung dieser Frage nicht zu entnehmen.

Bau einer
Provinzialstraße,
1932



Der Personalausbau angesichts der weiter zunehmenden Aufgabenbereiche des Provinzialverbandes erforderte zwangsläufig die Vergrößerung des Gebäudes. Dabei konnte man bei den Ausbauplanungen auf die bereits 1908 vorgesehene Anbaumöglichkeit des Landeshauses zurückgreifen. Im Mai 1929 stellte Landeshauptmann Horion unter Vorlage von Entwurfszeichnungen des Landesoberbaurats Konrad Rühl ein Baugesuch an das Düsseldorfer Bauamt. Der geplante „Erweiterungsbau“, so hieß es darin, „legt sich in U-Form vor die Ostseite des bestehenden Landeshauses“. Es werde einen neuen Eingang von der Berger Allee (heute: Horionplatz) her geben, die Korridore von Alt- und Neubau würden verbunden und der Hof mit zwei Durchfahrten versehen. Der Antrag klang zunächst unproblematisch, da er sich an die bereits vom Architekten des Landeshauses vom Endt vorgesehene Anbauvariante hielt. Zudem war das Grundstück vorhanden; und auch die notwendige Abholzung der Linden auf der Seite der Berger Allee wurde nicht als problematisch erachtet.

ANTRAG FÜR DEN ERWEITERUNGSBAU DES LANDESHAUSES

17.05.1929

Düsseldorf, den 15. Januar 1920

An
den Dirigenten der Abteilung II,
Herrn Landesrat Dr. Herion.

Hier.

Das Vernehmen nach ist beabsichtigt, bei der Neuregelung der Platzfrage im Landeshaus die Büro- und Registraturräume der Abteilung II D in das Dachgeschoß zu verlegen.

Gegen diese Maßnahme erheben die unterzeichneten Büro- und Registraturbeamten der Abteilung II D mit aller Entschiedenheit Einspruch, und zwar aus folgenden Gründen:

Solange das Landeshaus besteht, ist von den Beamten des Dachgeschoßes fortgesetzt über die Unzulänglichkeit der Räume geklagt worden. Im Sommer, wenn die Sonne auf das dicht darüber befindliche Dach prallt, sind die Zimmer unerträglich heiß, im Winter dagegen nur schlecht zu erwärmen und zugig. Dazu kommen die überaus mangelhaften Lichtverhältnisse, da die schrägen Wände des Tageslicht durch die kleinen, hochgelegenen Fenster nur unvollkommen hereinlassen. Alle diese Mängel werden durch das Zeugnis des Herrn Professor Dr. Melinhaus bestätigt.

Bei den Beamten der Abteilung II D fallen diese Umstände ganz besonders ins Gewicht, da dieselben zum größten Teil schon im vorgedachten Dienstalter stehen und an gesundheitlichen Störungen leiden, die

von Prof. Dr. Melinhaus sagt mir, daß er sich über die im Dach befindlichen Räume inoffiziell fünfzig Minuten lang mit einem Kollegen und dem Beamten Melinhaus gesprochen hat.

Dr. Melinhaus hat bei der Sitzung am 12. Januar 1920 eine Besichtigung der Räume der Abteilung II D vorgenommen und festgestellt, daß die Räume für die dort arbeitenden Beamten unzulänglich sind. Er hat sich dabei mit den Beamten Melinhaus und Herion auseinandergesetzt.

158
Andererseits, unsere billigen Wünschen hinzuwirken. Wir dürfen uns wohl auf eine frühere Zusage berufen, die der Herr Abteilungsdirigent uns e.Zt. beim Besuch in das Landeshaus gegeben hat, wonach wir bei Verteilung der Plätze im Landeshaus besonders berücksichtigt werden sollten, da wir in Ständehaus anerkanntermaßen größtenteils die schlechtesten Räume (in Zwischenstock) innegehabt hatten.

Abgesehen von allen angeführten Momenten würden wir es als eine bittere, unsere Arbeitsfreudigkeit lähmende Zurücksetzung empfinden, wenn wir unsere jetzigen, angemessenen Zimmer räumen müßten, um für die meist aus jüngeren Beamten und noch jüngeren Angestellten bestehende Abteilung I M Platz zu machen. Wenn der strikten Weigerung der Beamten von I M, das Dachgeschoß zu beziehen, Rechnung getragen werden ist, so dürfte es gewiss unbillig sein, ändern, an Lebens- und Dienstjahren älteren Beamten das Arbeiten in diesen Räumen zuzumuten, zumal es doch ein Dauerzustand sein soll. Es darf wohl erwartet werden, daß eines Beamten Dienstraum, in denen er die Hälfte seines Lebens zubringen muss, zugewiesen werden, die in Bezug auf Licht- und gesundheitliche Verhältnisse einigermaßen denjenigen entsprechen, die er als Wohnung inne hat.

Aus dienstlichen und gesundheitlichen Gründen müßten wir es uns daher vorbehalten, einer etwaigen Anordnung, in die Dachräume zu ziehen, keine Folge zu leisten.

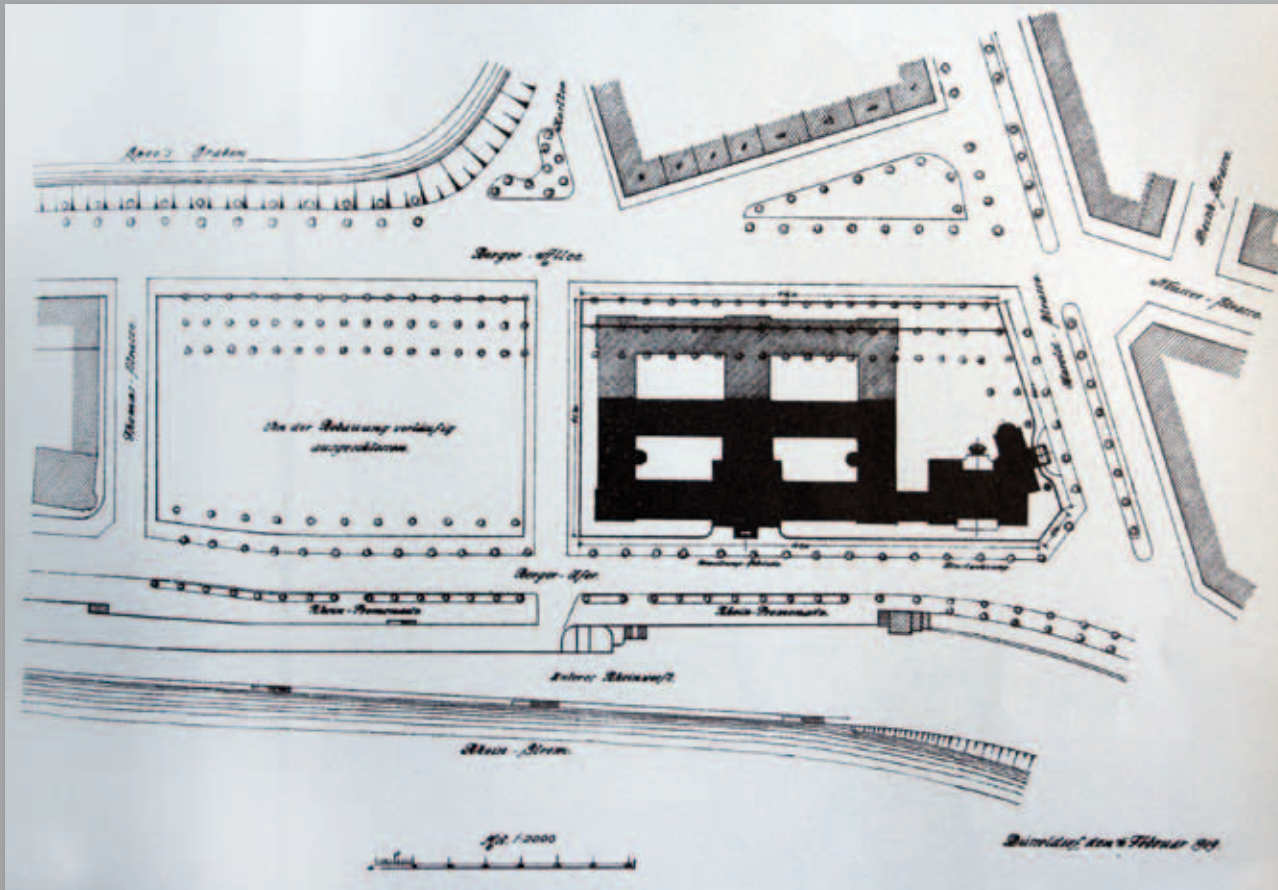
Handwritten signatures and notes at the bottom of the page, including names like 'W. Herion' and 'Dr. Melinhaus'.

Beschwerde der Büro- und Registraturbeamten über die „Platzfrage im Landeshaus“, 15. Januar 1920 (Auszug)



Ansicht des Landeshauses und der Villa des Landeshauptmanns von der Haroldstraße, um 1915

Gleichwohl stieß der Antrag beim Ausschuss zur Begutachtung baukünstlerischer Fragen auf Kritik. Dort war man „der Meinung, dass das Landeshaus an städtebaulich wichtiger Stelle steht und das Gebäude über den Spee'schen Graben und im Zuge der Haroldstrasse bereits aus grosser Entfernung zu sehen ist. Ausschuss empfiehlt, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob es nicht möglich ist, den Erweiterungsbau und den alten Bau in einen harmonischen Zusammenhang zu bringen.“ In den vorgelegten Plänen sah man offenbar diesen „harmonischen Zusammenhang“ nicht gegeben. Die Düsseldorfer Baupolizeiverwaltung teilte solche Bedenken und befürchtete konkret, dass der Neubau als „Fremdkörper wirken könne“. Der Erweiterungsbau sei ohnehin ein „Provisorium“, da später noch ein Geschoss aufgesetzt werde. Die Pläne, die den eingereichten Bauakten beigefügt sind, lassen zwar kleinere Korrekturen erkennen, aber an den grundsätzlichen Bauplanungen scheint sich wenig geändert zu haben. Der nach dem Planer benannte Rühl'sche Anbau wurde in den Jahren 1930 bis 1933 in die Tat umgesetzt. Das Landeshaus wurde damit um etwa die Hälfte vergrößert. Die Zentralverwaltung des Rheinischen Provinzialverbandes stand 1933 hinsichtlich ihrer Gebäudeausstattung (wie gut 20 Jahre zuvor nach dem Neubau des Landeshauses 1911) gut da.



Lageplan und Grundriss des Landeshauses vom Februar 1909 mit bereits vorgesehener Anbaumöglichkeit



„Rühl'scher Anbau“ des Landeshauses an der Berger Allee, 1933

Ganz anders war es ansonsten um die provinziale Selbstverwaltung im Jahr 1933 bestellt, die auf eine inzwischen über hundertjährige Geschichte zurückblicken konnte. Zum einen hätte nach dem frühen Tod von Johannes Horion im Februar 1933 ein Jahr später ohnehin ein Wechsel im Amt des Landeshauptmanns vollzogen werden müssen. Ähnlich wie bei den letzten Amtsübergaben hätte aber dieses Mal durch die besonders aktive Rolle Horions jeder Nachfolger ein schweres Erbe angetreten. Zum anderen stand diese Personalfrage ganz im Schatten des politischen Umbruchs. Mit der Ende Januar 1933 beginnenden Machtübernahme der Nationalsozialisten in Reich und Ländern änderten sich die Rahmenbedingungen der Provinzialverwaltung grundlegend. Dass



Heinz Haake (1891–1945),
rheinischer Landeshauptmann
1933–1945

die Haroldstraße nun in Adolf-Hitler-Straße umbenannt wurde, konnte als klares äußerliches Zeichen gelesen werden, dass nun auch im Bereich der Provinzialverwaltung das Führerprinzip umzusetzen war. Angesichts der ideologischen Vorgaben war die Selbstverwaltung als demokratisches Mitwirkungsrecht nicht mehr gefragt. Bei den Wahlen vom 12. März 1933 zogen die Nationalsozialisten mit einer relativen Mehrheit von 62 der 163 Mandate in den neuen Provinziallandtag ein. Noch im Mai und Juli wurden die Befugnisse des Landtages auf den gleichfalls NS-dominierten Provinzialausschuss übertragen. Schließlich wurde am 15. Dezember 1933 ein Gesetz verabschiedet, das Provinziallandtage, Provinzialausschüsse und Provinzialkommissionen für aufgelöst erklärte.

Am Ende des Jahres 1933 hatte die provinziale Selbstverwaltung mit Ausnahme des Landeshauptmanns sämtliche Vertretungs- und Beschlussorgane verloren. Offiziell zuständig für die staatliche Verwaltung wie auch für die (ehemalige) Selbstverwaltung war nunmehr der Oberpräsident, der nicht in Düsseldorf, sondern in Koblenz residierte. Faktisch allerdings behielt der Landeshauptmann weiter die Fäden der Verwaltung in der Hand. Als Nachfolger Horions wurde das langjährige Kölner NSDAP-Mitglied Heinz Haake (1891–1945), von Haus aus Bankangestellter und seit 1929 Mitglied des Provinziallandtages, am 12. April mit dem Amt betraut.

Die Zentralverwaltung unter Haakes Leitung wurde in den Folgejahren umorganisiert und gestrafft. Allein die Zahl der Abteilungen wurde von 23 auf elf, im Krieg auf nur noch zehn reduziert. Die Stellenzahl allerdings wurde etwas erhöht, denn es saßen nunmehr 52 höhere Beamte in der Hauptverwaltung. Bereits im Geschäftsalltag zeigte sich der nationalsozialistische Einfluss. So wurde die Bibliothek des Provinzialverbandes nun fast ausschließlich mit NS-Schriftgut versorgt, 1934/35 eine Vortragsreihe über „das innere Wesen des Nationalsozialismus“ organisiert. Die Übereinstimmung zwischen Oberpräsident und Landeshauptmann zeigte sich 1935 in einer gemeinsam organisierten „Gefolgschaftsfahrt“ für die Bediensteten. An den Feiern zum 1. Mai beteiligten sich die (männlichen) Mitglieder der Verwaltung regelmäßig mit einem „feierlichen Aufmarsch“. Neben den bisher bereits versehenen Aufgaben wurde die Verwaltung des Provinzialverbandes auch mit der Tötung „Geisteskranker“ im Rahmen der „Aktion T 4“ konfrontiert. Nachdem man sich mit Billigung Haakes geweigert hatte, solche Maßnahmen im Rheinland durchzuführen, war man aber 1941 an der Verlegung von Kranken in sogenannte Zwischenstationen beteiligt, von denen aus die Transporte in die Tötungsanstalten stattfanden.

Im Landeshaus wurden nach 1933 weitere Umbaumaßnahmen durchgeführt. So beschloss man 1934, die Mansarddächer durch eine neue massive senkrechte Außenwand zu ersetzen. Dieser Ausbau sollte auf Wunsch des Oberpräsidenten im Rahmen des dritten Arbeitsbeschaffungsprogramms durchgeführt werden. Im Kellergeschoss wurden die Archiv- und Magazinräume Mitte der 30er-Jahre auf den neuesten technischen Stand gebracht. Ebenfalls 1934 reichte die Bezirksgruppe Düsseldorf des Reichsluftschutzbundes Unterlagen zur Errichtung von sieben Luftschutzräumen im Landeshaus bei der Baupolizeiverwaltung ein. Das Landeshaus wurde kriegsbereit gemacht.

Im Zweiten Weltkrieg war die Provinzialverwaltung auch in anderer Hinsicht gezwungen, Vorsorge zu treffen. Im August 1942 wurde die Hälfte aller im Ständehaus untergebrachten Kunstwerke aus dem Landesmuseum Bonn „bis zur Ausfindigmachung eines endgültigen Schutzraumes (Westwallbunker?)“ in den Schutzraum des Landeshauses gebracht. In den Akten findet sich eine Aufstellung, in der insgesamt zwei Gemälde aus Flügelaltären und 18 Gemälde vorwiegend der niederländischen Malerschule des 16. und 17. Jahrhunderts aufgeführt sind. Der „Markt am Flussufer“ von Jan Brueghel dem Älteren aus dem Jahr 1611 hat im Landeshaus den Krieg überstanden und zählt noch heute zu den Beständen des Bonner Landesmuseums.

l i s t e
der im Schutzraum des Landeshauses untergebrachten Gemälde
des Landesmuseums Bonn.

Katalog 1927

160	Montaert, Das Jüngste Gericht Flügelbild. Mittelbild : Flügel je :	h 1,09 " 1,15	br 0,71 " 0,35
167	Niederrhein-Meister, Marienaltären Mittelbild : Flügel je :	" 0,78 " 0,78	" 0,65 " 0,28
<u>Inv.Nr.</u>			
35,256	J.D.de Heen, Früchte-Stilleben	" 0,635	" 0,48
35,258	Aelbert Bouw, Zwei Altarflügel mit Stiftern	je "	0,56
35,259			
35,602	Roelant Savery, Landschaft mit Hieronymus und Löwen	" 0,504	" 0,358
37,2	Jan Brueghel d.Ä., Dorf mit Markt- szene an einem Flußufer	" 0,415	" 0,605
37,50	Jacob Ochtervelt, Im Maleratelier	" 0,73	" 0,60
38,1	David Teniers d.J., Apothekenstil- leben	" 0,28	" 0,285
38,5	Pieter Potter, Stilleben mit Büchern und Naske	" 0,58	" 0,475
38,6	Ferdinand Bol, Brustbild einer Frau	" 0,645	" 0,77
38,17	Salomon Ruysdael, Das Fährboot	" 0,885	" 0,70
38,539	Jacob van Hulsdonck, Korb mit Granat- äpfeln	" 0,50	" 0,645
39,81	Jan Brueghel d.Ä., Korb mit Blumen	" 0,49	" 0,64
40,67	H.Andriessen, Stilleben mit Totenkopf	" 0,65	" 0,70
41,272	Köln-Meister, 15.Jahrh., Flügelaltar		
41, 274	F.Bol, Männliches Bildnis A.Cuyp, Kinderbildnis		
42,1	F.Claess, Stilleben		
42,22	Jacob v. Ruysdael, Große Landschaft		
42,33	H.C.Pot, Fröhliche Gesellschaft		

Im Landeshaus untergebrachte Gemälde des
Bonner Landesmuseums, 17. August 1942



Kriegsschäden am Landeshaus, 1944

Nur sehr schmal ist die aktenmäßige Überlieferung hinsichtlich des Landeshauses im Zweiten Weltkrieg. Im März 1944 wurde „bombengeschädigten Gefolgschaftsangehörigen“ Unterkunft im Landeshaus gewährt. Aus anderen Quellen zur Düsseldorfer Stadtgeschichte ist bekannt, dass auch das Verwaltungsgebäude des Provinzialverbandes durch Brandbomben, Sprengbomben und Artilleriebeschuss beschädigt wurde. Ein Brandscha-

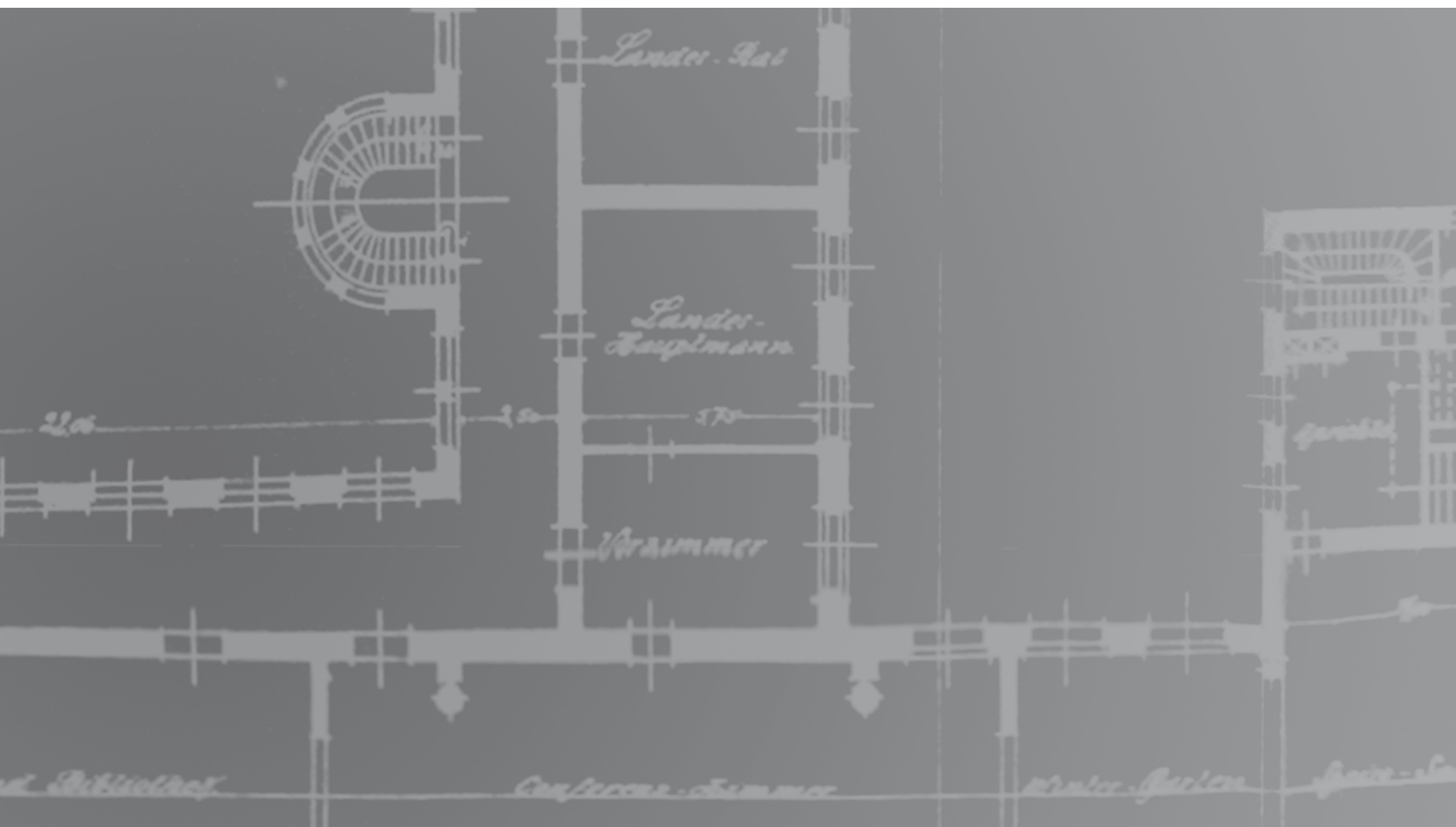
den am Dachstuhl wurde 1944 instand gesetzt. Im Juli desselben Jahres schreibt der Oberpräsident an den Reichsverteidigungskommissar im Gau Düsseldorf, dass die Einfriedigung am Landeshaus als „Sofortmassnahme“ wieder hergestellt werde. Es wurde dafür eine Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot eingeholt, denn es handele sich um eine „behelfsm.[äßige] Instandsetzung der Bombenschäden am Landeshaus u.[nd] a.[n] d.[er]

Dienstwohnung des Landeshauptmanns unter Fortfall jeglicher Verschönerungsrep.[araturen] der Einfriedigung“.

Ende 1944 wurde die Lage immer heikler. Angesichts der zunehmenden Bombenangriffe wurde über eine Art Notverwaltung nachgedacht und vorsorglich die Verlegung in rheinische Ausweichquartiere geplant. In einem Geheimbefehl vom September 1944 ordnete Landeshauptmann Haake den Umzug an, falls „durch Feindeinwirkung oder durch militärische Maßnahmen die Prov.[inzial] Hauptverwaltung in Düsseldorf nicht mehr aktionsfähig sein“ sollte. Mitte März 1945 verlegten schließlich fünf von zehn Abteilungen der Zentralverwaltung des Rheinischen Provinzialverbandes ihren Dienstsitz in die Landesfrauenklinik Wuppertal-Elberfeld. Nachdem der Rheinische Provinziallandtag während der Rheinlandbesetzung 1922 und 1923 bereits in Barmen getagt hatte, griff der Provinzialverband erneut auf die bergische Stadt als vorübergehenden Zufluchtsort zurück. In Düsseldorf überstanden das Landeshaus und die benachbarte Villa des Landeshauptmanns den Krieg mit reparablen Schäden. Mit der Besetzung Düsseldorfs am 21. April 1945 und der Kriegsniederlage des Deutschen Reiches war allerdings nach gut 80 Jahren auch das (vorübergehende) Ende provinzieller Selbstverwaltung im preußischen Rheinland gekommen.



Trümmerräumung 1945,
im Hintergrund das Landeshaus



X 1946–2009

Vom Provisorium
zum Prunkstück

„Sparsam, jedoch auch gebührend würdig“ Landeshaus und Villa Horion als Dienstsitze

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden das Landeshaus und die benachbarte Dienstwohnung, die nunmehr unter dem Namen „Villa Horion“ bekannt wurde, sehr wechselvoll genutzt. Nach Beseitigung der Kriegsschäden war in der Villa Horion ein britisches Offizierskasino untergebracht, das bis 1956 dort blieb. Im Landeshaus befanden sich kleinere Versorgungseinrichtungen; das lässt sich indirekt den verschiedenen Anträgen auf Erteilung einer Schankgenehmigung oder zum Betrieb einer Kantinenwirtschaft bzw. eines Erfrischungsraumes entnehmen.

Nach der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen im August 1946 zogen provisorisch Teile der Landesministerien ins Landeshaus ein. In einer Zusammenstellung des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz vom März 1946 wird deutlich, wie eng die räumliche Unterbringung der verschiedenen Behörden war. Im November 1947 teilte der Düsseldorfer Oberstadtdirektor mit, dass in den 245 Räumen des Landeshauses das Arbeits-, Sozial-, Innen- und Wiederaufbauministerium sowie der Entnazifizierungsausschuss Platz gefunden hätten. Aus dem Jahr 1951 finden sich Grundrisspläne in den Akten des Wiederaufbauministeriums, die zeigen, dass auch das Ernährungsministerium zeitweilig im Landeshaus Büros unterhielt. Als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war zwischen 1947 und 1952 der spätere

Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) (1894–1972) tätig, der 1950 im Übergangskabinett des Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) (1901–1958) für wenige Monate auch die Geschäfte als Arbeitsminister und als Wiederaufbauminister übernahm. Nachfolger Lübkes als Arbeitsminister und damit auch als Mitnutzer des Landeshauses zwischen 1950 und 1953 wurde Johann Ernst (CDU) (1888–1969). Die Staatskanzlei hatte bis 1953 im benachbarten Mannesmannhaus (Behrensbau) Unterkunft gefunden, das sogar offiziell in „Haus der Landesregierung“ umbenannt wurde. Von dort zog sie ebenso wie der Ministerpräsident in die Elisabethstraße.

Dass die Verhältnisse im Landeshaus beengt waren, belegt eine Berechnung von 1952, in der 1.900 qm genutzter Raum für das Arbeits- und 5.200 qm für das Sozialministerium aufgeführt sind. Während das Arbeitsministerium damit fast den errechneten Bedarf von 2.000 qm erreichte, seien für das Sozialministerium eigentlich 7.400 qm nötig. Im Juni 1959 – also kurz vor dem Auszug des Landschaftsverbandes – zeigt ein Nutzungsplan des Landeshauses, dass der Landschaftsverband im Sockelgeschoss, im ersten Obergeschoss und Teilen des zweiten sowie im gesamten vierten Obergeschoss saß, während Teile des zweiten und das gesamte dritte Obergeschoss vom Arbeits- und Sozialministerium belegt wurden.



Dr. Heinrich Lübke (1894–1972),
1947–1952 Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Abachrift!

Der Oberpräsident
Verwaltung des Prov. Verbandes) Düsseldorf, den 13. März 1946

Abt. II C.J Nr. 295/46

An den
Herrn Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz
Zentralbüro
S t a h l h o f

Hochachtung gebe ich eine Zusammenstellung der im Landeshaus untergebrachten Abteilungen des Prov. Verbandes, einschl. der in der AOK untergebrachten Abteilungen Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und des Gemeindeunfallversicherungsverbandes, sowie des Rechnungsprüfungsamtes in der Humboldtstrasse Nr. 1. Gleichzeitig sind die Aktenzeichen angegeben, wie die Abteilungen ihre Schriftstücke beschriften.

Abt. A - b. Rechnungsprüfungsamt Tgb. Nr.

Abt. A - e. Rhein. landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft

- a) Generelle Schreiben: Tgb. Nr.
- b) Beitragsangelegenheiten: Beitrag.
- c) Techn. Angelegenheiten (Unfallverhütungsvorschriften): Techn.
- d) Spezielle Unfallsachen: Nr. der Sektion bzw. des Kreises und lfd. Unfallnummer o d e r Name des Verletzten.
E.B.: 11/439 oder A.Z. 11/Lepper.

Abt. A - e. Gemeindeunfallversicherungsverband. (G.U.V.)

- a) Generelle Sachen: Tgb. Nr.
- b) Spezielle Unfallangelegenheiten: U.Reg. Nr.
Anfangsbuchstaben des Namens, lfd. Nr. desselben und Jahrgang.
E.B.: Unf.-Reg. Nr. H 124/46.

Abt. A-f/g. Versorgungskassen und Rhein. Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände: A-f/g. Tgb. Nr.

Abt. A - K. Justitiariat: A-k Tgb. Nr.

Abt. II A. Personalangelegenheiten der Beamten: II A. Tgb. Nr.

Abt. II B. desgl. der Angestellten und Arbeiter: II B. Tgb. Nr.

Abt. II C. Verwaltung des Landeshauses (Landesverw. Direktor)
Zentralbüro, Kanzlei, Telefonzentrale, Provinzialsporthausangelegenheiten: II C. J. Nr.

Abt. II D. Kraftwagendienststelle: II D. J. Nr.

Abt. II St. Sterbekasse der Prov. Beamten: II St. J. Nr.

Abt. III. Strassenbau (Verkehrswesen): Abt. III Tgb. Nr.
und Buchstabe des Sachbearbeiters

Abt. IV F. Liegenschaftsverwaltung: IV. F. Tgb. Nr.

Abt. V - A. Allgem. Gesundheitspflege: V A Tgb. Nr.

Abt. V - C. Krüppelfürsorge: V C. Tgb. Nr.

Abt. V - D. Erbbiologisches Institut Bonn: V D. Tgb. Nr.

Abt. V - Ea. Geisteskrankenfürsorge (Selbstzahler): V - Ea. Tgb. Nr.

Abt. V - Eb. desgl. (Bezirkshilfsbedürftige): V - Eb. Tgb. Nr.

Abt. V - F. Ausbildung von Volkspflegerinnen und Volkspflegern
Errichtung von Scheuerstationen: V - F. Tgb. Nr.

Abt. V - G. Kindergesundheitsfürsorge: V - G. Tgb. Nr.

Abt. V - H. Hebammenwesen: V-H. Tgb. Nr.

Abt. V - J. Geschlechtskrankenfürsorge: V - J. Tgb. Nr.

Abt. V - K. Tuberkulosefürsorge: V - K. Tgb. Nr.

Abt. VI. Volksfürsorge

Abt. VI A. Allgemeine Wohlfahrtspflege: Abt. VI A Tgb. Nr.

Abt. VI B. Landesfürsorgewesen: Abt. VI B. Tgb. Nr.

Abt. VI C. Besserungswesen (Anstalt Brauweiler): Abt. VI -C.
Tgb. Nr.

Abt. VI D. Wanderfürsorge: Abt. VI D. Tgb. Nr. VII oder VIII
mit Namen des Unterstützten.

Abt. VI E. Prov. Institut für Arbeits- u. Berufsforschung
P. J. Nr.

Abt. VI F/G. Blinden- u. Gehörlosenschulen: Abt. VI F oder VI G
Tgb. Nr.

Abt. VII A. Fürsorgeerziehungsbehörde: zeichnet mit VII A. J. Nr.

Abt. VII B. Landesjugendamt: Abt. VII B. J. Nr.


Abt. VIII. Landesplanungsbehörde: VIII Tgb. Nr.
u. Buchstaben des Sachbearbeiters
z. B. VIII Tgb. Nr. 234/W.

Landesplanungsbehörde als Dienststelle des Oberpräsidentiums: A/001-29/.....

Abt. IX. Hochbaubteilung: Abt. IX Tgb. Nr.

H - F. Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Vw/53 Tgb. Nr.

Im Auftrag
gez. K u l m a n n
F. d. R. d. A.
Kulmann
(Angestellter)



Die Verwaltung des Provinzialverbandes über die Unterbringung von Abteilungen im Landeshaus, 13. März 1946



Lageplan der
Düsseldorfer
Ministerien,
um 1952

NUTZUNG DER VILLA HORION DURCH EIN BRITISCHES OFFIZIERSCASINO
1946–1956

WAHL DES MINISTERPRÄSIDENTEN DR. RUDOLF AMELUNXEN
29.08.1946

Für die allgemein beklagte Raumnot gebe es, so hieß es, verschiedene Lösungsmöglichkeiten, von denen der Erwerb des Landeshauses durch das Land ideal erschien. Man beabsichtigte, damit den Grundstein für den Aufbau eines Regierungsviertels zu setzen. Ziel müsse, so hieß es im Finanzministerium, eine „Konzentration der Landesregierung im Raum Landeshaus-Ständehaus“ sein. Zwar beschloss das Kabinett unter Ministerpräsident Karl Arnold im April 1952, dass „eine gleichmässige Unterbringung der Landesregierung“ angestrebt werde, diese aber mit den Schwerpunkten Jägerhofstraße und Haroldstraße erfolgen solle. Denn, so stellte man fest: „Das Landeshaus ist für die Deckung des Raumbedarfs der Landesregierung zunächst nicht herangezogen worden, weil es bei Bildung des Landschaftsverbandes zum größten Teil von diesem in Anspruch genommen werden dürfte.“ Allerdings müsse dieser Beschluss überprüft werden, falls der 1953 gegründete Landschaftsverband nicht in Düsseldorf bleiben sollte. Genau dieser Fall, der Umzug des Landschaftsverbandes Rheinland, trat aber bald ein.

In den ersten Jahren nach 1945 war es um die landschaftliche Selbstverwaltung im Rheinland schlecht bestellt. Die Rheinische Provinzialverwaltung bestand nicht mehr, und die Rheinprovinz war mit der faktischen und 1947 auch rechtlichen Auflösung des Freistaates Preußen durch die alliierten Mächte nicht mehr existent. Die „repräsentativen Wahrzeichen“ der provinziellen Selbstverwaltung in Düsseldorf, Ständehaus und Landeshaus, wurden seit 1946 zum Teil vom Land Nordrhein-Westfalen genutzt. In das Ständehaus zog nach Beseitigung der Kriegsschäden 1949 der nordrhein-westfälische Landtag ein, der bis 1988 dort tagte. Im Landeshaus verblieb neben den Ministerien die ehemalige Zentralverwaltung des früheren Provinzialverbandes. Sie stand unter der Leitung des Ersten Landesrates Wilhelm Kitz (1890–1956). Allerdings wurde sie als Abteilung „P“ vorübergehend in verschiedene Landesministerien, vor allem in das Sozialministerium, eingegliedert.

War man in der Nachkriegszeit damit beschäftigt, die Verwaltung der eigenen Anstalten zu reorganisieren, so stand es um die bauliche Pflege des Landeshauses weit schlechter. Anfang der 1950er-Jahre zeigten sich immer deutlicher gravierende Baumängel. So waren die Kriegsschäden am Dach zum Teil nur behelfsmäßig beseitigt worden. 1955 wurde wegen der räumlichen Enge der Ausbau des Turmes und damit die Schaffung von wei-

Dr. Karl Arnold (1901–1958),
1947–1956 Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen



teren Büroräumen erwogen. Investitionen am Gebäude, so stellte das Arbeits- und Sozialministerium als Dauermieter 1955 fest, seien „dringend“. Als „unerträglich“ wurden beispielsweise die „Küchengerüche“ empfunden, die von der Kantine im Erdgeschoss an der Fassade entlang in die Büros auf der Rheinseite zogen. Auch klagte man nun über die „durch den Straßenverkehr verursachten Störungen“ an der Rheinfront. Das Ministerium für Wiederaufbau wies darauf hin, dass der Landesdirektor selbst „aus diesem Grunde sein Dienstzimmer an die Berger Allee [heute: Horionplatz] verlegt“ habe.

Der Landesdirektor war Verwaltungschef des zum 1. Oktober 1953 neu gegründeten Landschaftsverbandes Rheinland als Rechtsnachfolger des Rheinischen Provinzialverbandes. Bereits in den heftigen Debatten über die neue Geschäftsordnung kam die ‚Gretchenfrage‘ auf den Tisch: ein Umzug des Verbandes. Als am 4. November 1954 in der Landschaftsversammlung über den künftigen Verwaltungssitz des Landschaftsverbandes abgestimmt wurde, fiel das Ergebnis mit 52 zu 42 Stimmen für Köln aus. Nach rechtlichen Problemen wurde die Entscheidung am 27. März 1956 wiederholt und endete diesmal mit 48 zu 42 Stimmen. Die Vorbereitung des Umzugs dauerte mehrere Jahre und wurde bis zuletzt immer wieder um Monate hinausgeschoben. Zum 1. Oktober 1959 war schließlich das Düsseldorfer Landeshaus vollständig geräumt. Etwa 850 Beamte und Angestellte siedelten nach Köln in einen Neubau im Stadtteil Deutz über, wo die Verwaltung des Landschaftsverbandes noch heute beheimatet ist. Vielen Betroffenen ist dieser Umzug von der einen in die andere rheinische Metropole nicht leicht gefallen. Einer der Bediensteten brachte es, einem Bericht der Wochenzeitung „Die Zeit“ zufolge, schließlich auf den Punkt: „Es ist ein Tumult, als würden 850 Menschen nach Sibirien verschleppt ...“



Landeshaus und Mannesmann-Hochhaus, 1959

Über einen Umzug nach Köln war schon in der Entstehungsphase des Landschaftsverbandes nachgedacht worden. Nachdem zum ersten Mal 1954 der Entschluss gefasst worden war, wandten sich im Folgejahr die Mannesmann-Röhrenwerke an Ministerpräsident Arnold. Man habe „gerüchteweise“ von den Verkaufsabsichten des Landschaftsverbandes gehört und äußerte nun Kaufinteresse und gegebenenfalls ein Vorkaufsrecht. Auf Nachfrage teilte der Finanzminister dem Chef der Staatskanzlei daraufhin mit, die Liegenschaften am Mannesmannufer seien dem Land wegen des Umzugs des Landschaftsverbandes zum Kauf angeboten worden. Es sei vorgesehen, „das Landeshaus für die Unterbringung von Landesbehörden zu verwenden“. Von daher denke man nicht an einen Verkauf an Mannesmann, sondern habe umgekehrt Interesse an den benachbarten Grundstücken des Industriekonzerns.

Die Überlegungen zum Erwerb der ehemaligen Mannesmann-Immobilien muten geradezu aktuell an. Denn Ende 2008 kaufte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen den Bürogebäudekomplex am Rheinufer vom heutigen Eigentümer Vodafone, um ihn künftig für die Landesverwaltung zu nutzen. Mitte der 1950er-Jahre kamen die Kaufpläne wenig überraschend. Schließlich war der Behrensbau nördlich des Landeshauses in den Nachkriegsjahren sowohl vom Innenministerium als auch von der Staatskanzlei genutzt worden. Diese beiden Landesbehörden mit ihren 436 Angehörigen könne man, so rechnete 1954 das Finanzministerium, in das Landeshaus verlegen, zuzüglich der Landesplanungsstelle. Denn dort würden fast 7.000 Quadratmeter Bürofläche von 619 Bediensteten des Landschaftsverbandes genutzt. Zwar sei „nicht zu verkennen, daß das Landeshaus hinsichtlich Gestaltung und Lage der Räume nicht mehr völlig heutigen Anschauungen“ entspreche. Aber seine Inanspruchnahme würde „die von der Öffentlichkeit immer wieder geforderte Konzentrierung der Landesregierung [...] fördern“. Da die „baulichen Absichten“ der Firma Mannesmann „nicht zu übersehen“ seien, werde das Land „beschleunigt entschließen müssen“. Bereits 1954 war davon die Rede, dass die ehemalige Dienstvilla des Landeshauptmanns nach der Freigabe durch die „Stationierungstruppen“ eventuell für eine Nutzung durch den Ministerpräsidenten infrage komme.

1956 standen insgesamt fünf Unterbringungsmöglichkeiten für den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei zur Diskussion: ein Neubau in der Reichsstraße/Ecke Kronprinzenstraße, das Spee'sche Palais, ein neu zu bauendes Hochhaus in der Haroldstraße/Ecke Berger Allee, ein Gebäude am Carltor sowie das Landeshaus mit der Villa Horion. Neben der Größe wurde vor allem auf die Repräsentativität der Räumlichkeiten, der Lage und des Zugangs Wert gelegt. Zum Landeshaus und der Villa Horion hieß es beispielsweise: „z. Zt. vom Engländer beschlagnahmt, Freigabe beantragt, Zeitpunkt der Freigabe unbekannt. Empfindliche Störungen durch Straßenverkehr, Lage in der Nähe des Hafens und an der Rampe der geplanten Kniebrücke“.



Villa Horion, um 1965

Nachdem man sich schließlich trotz der festgestellten Nachteile zu einem Einzug von Landesbehörden ins Landeshaus entschlossen hatte, wurde nunmehr von beiden Seiten, dem Landschaftsverband und der Landesregierung, der Wert des Landeshauses ermittelt, um in den anstehenden Kaufverhandlungen präpariert zu sein. Während der Landschaftsverband einen Betrag von 6,3 Millionen DM errechnete, kalkulierte das Finanzministerium mit 5,6 Millionen DM. Unverhohlen gab Landesdirektor Udo Klaus (1910–1998) zu erkennen, dass sich die Tatsache, dass Mannesmann für das Haus 6,5 Millionen DM geboten hätte, das Land aber sein „dringliches Kaufinteresse entgegengehalten“ habe, auf die Bewertung auswirke. Das vom Landschaftsverband beauftragte Staatshochbauamt wies in seiner Stellungnahme auf die „sehr bevorzugte Lage am Rhein und [einen] gewissen Liebhaberwert“ des Landeshauses hin. Demgegenüber führte das Regierungspräsidium zugunsten der Landesregierung an, dass man beim Landeshaus zwar eigentlich eine Lebensdauer von 150 Jahren annehmen müsse, aber die „wirtschaftliche Überalterung infolge fortschrittlicher Entwicklung der Bautechnik und Erhöhung der gestellten Ansprüche“ so zu Buche schlugen, dass deshalb mit einer „Restnutzungsdauer von höchstens noch 80 Jahren“, d. h. bis 2035, zu rechnen sei.

Beide Seiten rechneten mit spitzer Feder. Die jahrelangen Verhandlungen über den Preis mündeten schließlich im April 1958 in einen Kaufvertrag. Hierin erwarb das Land Nordrhein-Westfalen das Landeshaus für 6,8 Millionen DM. Damit verbunden wurde das Ständehaus, das bereits seit 1949 als Sitzungsgebäude des Landtages genutzt wurde, für die Summe von 6,03 Millionen DM vom Landschaftsverband angekauft.

Die Verhandlungen über den Ankauf des Landeshauses durch das Land waren noch unter der Regierung Arnold begonnen worden. Den Ankauf selbst hatte dann der Nachfolger Arnolds als Ministerpräsident, Fritz Steinhoff (SPD) (1897–1969), vollzogen. Als dieser im Juli 1958 von Franz Meyers (CDU) (1908–2002) abgelöst wurde, war also entschieden, dass nach einer notwendigen Renovierung der Gebäude Landesbehörden in das Landeshaus und die Villa Horion einziehen würden. Im August 1958 berichtete das Ministerium für Wiederaufbau über die „Schaffung eines endgültigen Dienstsitzes für den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei“. Als Optionen standen der Bezug eines Hochhauses in der Haroldstraße, der Flügel eines Hauses am Spee’schen Garten, das Spee’sche Palais sowie das Landeshaus mit der Villa Horion zur Diskussion. Steinhoff habe den Hausflügel am Spee’schen Garten gewollt, Meyers dagegen spreche sich für das Spee’sche Palais aus. Das Landeshaus, so

das Ministerium, sei in jedem Fall „keine günstige Dauerlösung, da das Gebäude wegen seiner ungünstigen inneren Einrichtung (sehr große Verkehrs-, geringe Nutzflächen) ungeeignet sei“. Man plane den Bezug durch das Arbeits- und Sozialministerium, lasse aber dem Ministerpräsidenten „die Vorhand“. Nachdem das Spee’sche Palais nicht zu haben war, fasste das Kabinett – vermutlich nach Vorentscheidung durch Meyers – Mitte August 1958 den Beschluss für den Einzug des Arbeits- und Sozialministeriums sowie der Staatskanzlei ins Landeshaus. Der Ministerpräsident selbst sollte zukünftig in der früheren Villa des Landeshauptmanns residieren.

Meyers war mit dieser Lösung zunächst nicht besonders zufrieden. Noch im Februar 1959 bemerkte er, den Erwerb von Landeshaus und Villa Horion durch die Regierung Steinhoff halte er nachträglich für „unvorteilhaft“. Es wäre „zweckmäßiger gewesen“, den Komplex der Firma Mannesmann zu überlassen gegen die „Verpflichtung der Ersatzbeschaffung eines Neubaus“. Wenn man aber nun mit dem Landeshaus und der Villa Horion plane, so müsse sich wenigstens der Aufwand bei einem Umbau in vertretbaren Grenzen halten. Die Dienstwohnung des Regierungschefs sollte laut Kabinettsbeschluss „sparsam, jedoch auch gebührend würdig ausgestaltet werden“. Man wolle die Dienstsitze anderer Ministerpräsidenten auf ihre Ausstattung hin genau prüfen.



Fritz Steinhoff (1897–1969),
1956–1958 Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen



Dr. Franz Meyers (1908–2002),
1958–1966 Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen



Büro des Ministerpräsidenten, 1969

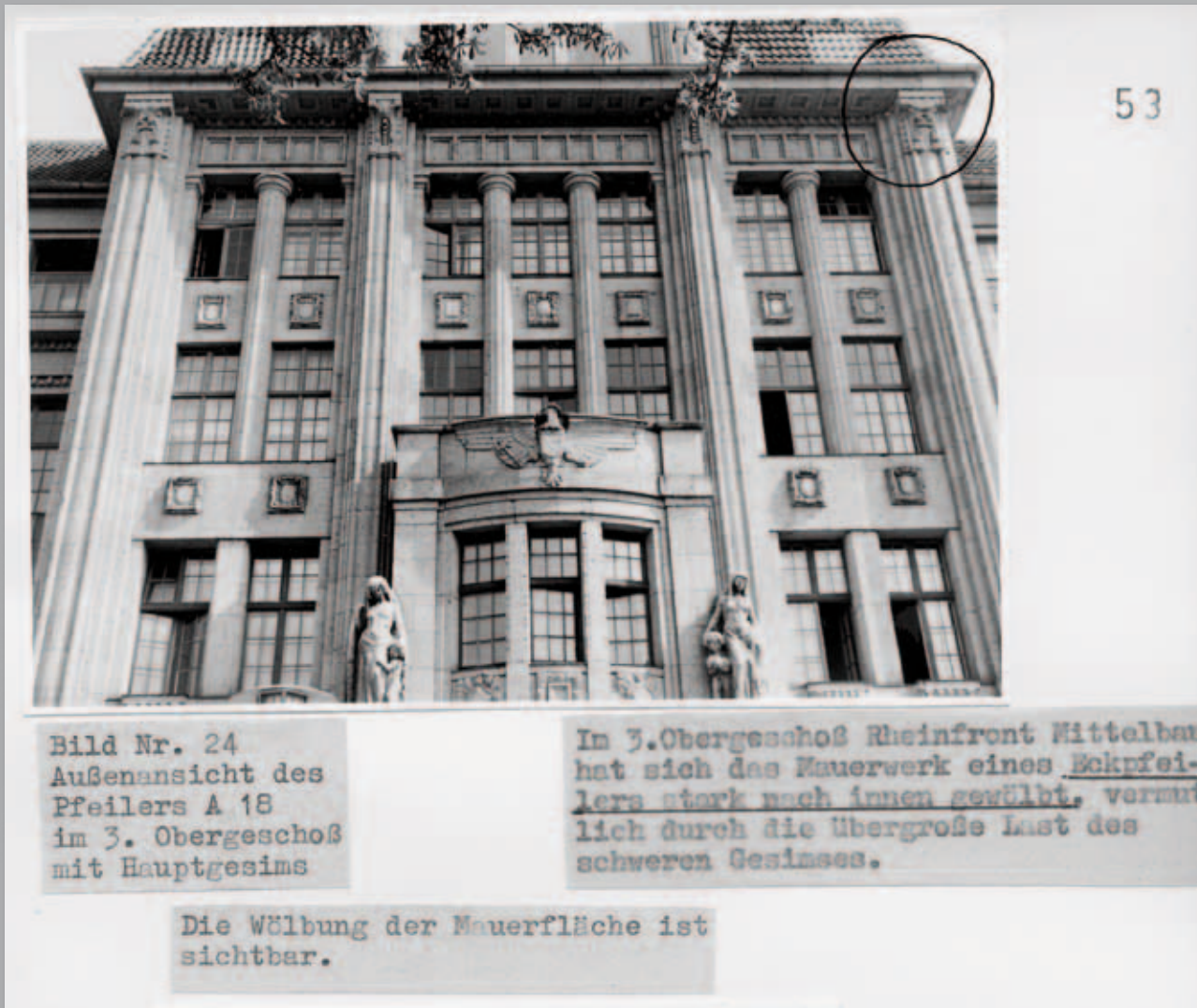
Die Umbaukosten für die Villa Horion beliefen sich am Ende auf rund eine Million DM. Dabei hatte man schon versucht zu sparen und auf Wunsch von Meyers beispielsweise den ursprünglich geplanten Einbau von drei offenen Kaminen gestrichen. Trotz der „durch Lärm und Rauch bzw. Benzinabgase verursachten schweren Beeinträchtigung des Gebäudes“ verzichtete man zunächst auf eine Klimaanlage, die allerdings schon 1961 nachträglich eingebaut wurde. Leichtmetallfenster mit Thermopanverglasung ersetzen die alten Holzfenster. Die Bauarbeiten an und in der Villa Horion wurden nach gut einem halben Jahr bereits im Herbst 1959 abgeschlossen.

Bei der Inneneinrichtung agierten der Ministerpräsident persönlich, die Staatskanzlei und das Ingenieurbüro Hentrich & Petschnigg in enger Abstimmung. An einer Besprechung über die Planung der Anrichten, Küchen und Personalwege nahmen sogar die Gattinnen des Ministerpräsidenten, des Kultus- und des Finanzministers teil. Kultusminister Werner Schütz (CDU) (1900–1975) drang seinerseits auf eine angemessene Ausstattung mit Kunstwerken. Er sei bereit, „aus Mitteln seines Haushaltes namhafte Summen zur Verfügung zu stellen, damit der Rang der auszuwählenden Werke dem Verwendungszweck des Gebäudes als Dienstsitz des Ministerpräsidenten und Örtlichkeit bescheidener Repräsentation der Landesregierung angemessen sei“. Im Kabinettsaal wurden, so berichtet es auch Meyers in seinen Memoiren

(siehe das Dokument im Anhang), u. a. zwei große Wandteppiche von Joseph Faßbender (1903–1974) aufgehängt, die heute zum Kunstfundus des Landes in der ehemaligen Reichsabtei Aachen-Kornelimünster zählen.

Bei der Möblierung und Ausstattung überlegte man, welche Gegenstände des Gästehauses wiederverwendbar sein könnten. Neu angeschafft wurden hingegen ein Flügel, ein Schmalfilmprojektor und ein Fernseher sowie Geschirr der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin. Am Ende beliefen sich die Ausgaben für die Inneneinrichtung auf etwa 260.000 DM.

Nach Abschluss der mehrmonatigen Umbauarbeiten sah die Villa Horion wie ein Schmuckstück aus und konnte nun von Ministerpräsident Franz Meyers bezogen werden. Die stilvolle und zugleich funktionale Inneneinrichtung dürfte seinen früheren Unwillen beschwichtigt haben. Bequeme Ledermöbel in gemütlicher Runde – da ließ es sich nicht nur gut aushalten, sondern ebenso gut repräsentieren. Meyers empfing gleich in den Anfangsjahren den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, die pakistanischen, peruanischen und tansanischen Staatsoberhäupter, aber auch die deutschen Bundespräsidenten in seinem neuen Domizil. Theodor Heuss (1884–1963) wohnte (als Ex-Bundespräsident) mehrere Tage in der Villa. Und Heinrich Lübke (1894–1972) bestand 1960 darauf, vom Balkon des Hauses eine Ansprache zu



Dokumentation der Bauschäden
am Landeshaus, 1960

halten. In seinen Büros in der Villa Horion hielt Meyers jeden ersten Montag im Monat ein Pressegespräch als Abend der offenen Tür ab. Bezeichnend dafür, dass er sich der Tradition beider Häuser bewusst war, ist, dass die Bezeichnung „Landeshaus“ auch nach dem Auszug des Landschaftsverbandes auf seinen Wunsch hin blieb, weil sie „populär, prägnant“ und „einprägsam“ sei.

Als Meyers in seinen neuen Dienstsitz einzog, waren die Renovierungsarbeiten am benachbarten Landeshaus noch in vollem Gange. Internen Berechnungen des Wiederaufbauministeriums zufolge kalkulierte man für den Umbau beider Häuser zunächst Kosten von etwa zehn Millionen DM, die damit um etwa vier Millionen DM unter den Ausgaben für einen möglichen Neubau lagen. Der Baubeginn verzögerte sich allerdings durch die Verschiebung des Auszugs des Landschaftsverbandes mehrfach und konnte schließlich erst nach dem 1. Oktober 1959 in Angriff genommen werden.



Grundsaniierung des Landeshauses, um 1960



Glasfenster von Ludwig Gies (1961)
im Treppenhaus des Landeshauses, 2009

Zu diesem Zeitpunkt waren die Bauvorentwürfe schon recht weit gediehen. Bereits über die Raumverteilung hatte man nachgedacht und 101 Räume für die Staatskanzlei sowie 232 für das Arbeits- und Sozialministerium vorgesehen. Neben Büros und Sitzungssälen in moderner Ausstattung hatte man auch eine zeitgemäße Infrastruktur im Gebäude berücksichtigt. Für die Medienberichterstattung war insbesondere ein Rundfunkstudio eingeplant. Diese Überlegungen wollte man mit Experten vom Westdeutschen Rundfunk koordinieren. In künstlerischer Hinsicht wurde der Kölner Maler Ludwig Gies (1887–1966) beauftragt, die Fenster im Treppenhaus sowie im Flur zwischen Landeshaus und Villa Horion zu gestalten.

Schon zu Beginn der Bauarbeiten zeigte sich, dass allein eine Modernisierung des Gebäudes erhebliche Kosten verursachen würde. Schließlich war seit Anfang der 1930er-Jahre nichts wesentlich geändert worden, und nicht wenige Bestandteile, wie Heizung und Installation, waren noch auf dem Stand der Bauzeit um 1910. Dann aber stellten sich bei ersten eingehenderen Besichtigungen nach Räumung des Landeshauses erhebliche bauliche Schäden heraus. Marode Fenster, feuchte Wände,

verschimmelte Verkleidungen – nach nur einem halben Jahr schätzte die staatliche Bauleitung allein den Finanzbedarf für Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen auf 1,66 Millionen DM. Hinzu kamen gravierende Mängel bei der Bauausführung, die jetzt erst ans Tageslicht traten. Die Gesamtbaukosten des Landeshauses wurden im Oktober 1960 auf 7,7 Millionen DM kalkuliert.

Keine Frage: Sanierungsbedarf und notwendiger Ausbau führten gemeinsam zu steigenden Kosten. So dachte man an eine Aufstockung des Gebäudes durch den „Abbruch des gesamten vorhandenen Mansarddaches einschl.[ießlich] des Turmes über dem Altbauteil des Landeshauses“ nach. In dem neuen Dachgeschoss sollten die Kantine und Küche sowie einige Sitzungsräume eingerichtet werden. Die Gesamtkosten für den Abbruch und die Aufstockung taxierte man allein auf knapp 3,6 Millionen DM. Tatsächlich wurde die Dachlaterne des Landeshauses – eine ähnliche kann man beim Regierungspräsidium bis heute sehen – 1959/60 abgerissen. Die Dachform wiederum passte man an die Dachgestaltung des benachbarten Behrensbaus an. Im Hinblick auf die Geschlossenheit des Baustils waren dies äußerst problematische Entscheidungen.

1961 waren die Bauarbeiten am Landeshaus endlich abgeschlossen; es präsentierte sich bezugsfertig. Der Einzug war allerdings zum Teil nur ein Umzug im selben Haus. Denn während der gesamten Bauarbeiten hatte das halbe Arbeits- und Sozialministerium im Haus residiert. Das Arbeiten zwischen Staub und Lärm war sicher nicht gerade angenehm; aber eine andere Lösung kam nicht infrage. Auch in späteren Jahrzehnten und bis heute gehört es für die Bediensteten im Landeshaus zum Alltag, dass die regelmäßigen Renovierungen arbeitsbegleitend durchgeführt werden müssen.

Das 1959 gerade erst frisch ins Amt gerufene und mit 34 Jahren mit Abstand jüngste Kabinettsmitglied Konrad Grundmann (CDU) (1925–2009) dürfte sich indes etwas anderes vorgestellt haben, als die ersten zwei Jahre seiner Ministertätigkeit auf einer Baustelle zu verbringen. Aber das Ergebnis hat vermutlich auch ihn überzeugt: Entstanden war ein Verwaltungsgebäude auf technisch neuestem Stand. 1961 zog auch die Staatskanzlei aus dem benachbarten Behrensbau der Mannesmann-Röhrenwerke in das Landeshaus um.



Konrad Grundmann
(1925–2009), 1959–1966
Arbeits- und Sozialminister

Bei der Ausstattung für die Mitarbeiter, über die wir aus den Akten fast nichts wissen, mag es hingegen nicht immer so gediegen zugegangen sein. Auffällig scheint in diesem Zusammenhang allein, dass sich das Studentenwerk der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen im März 1962 nach den in der Kantine des Landeshauses verwendeten schlichten grauen und braunen Küchentablets erkundigte, um sie vielleicht in der eigenen Mensa einzusetzen. Die staatliche Bauleitung beim Staatshochbauamt Düsseldorf fügte ihrer Antwort sogar einige Muster-Tablets bei. Bei der Aktenübernahme durch das Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv sind diese aber offenbar nicht abgeheftet worden.

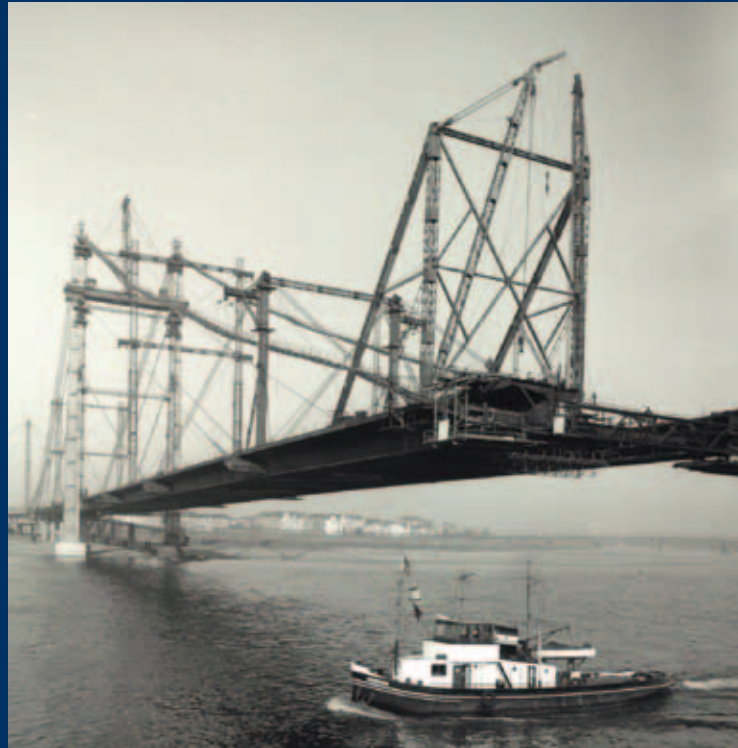
Nachdem die letzten Trümmer aus den Kriegsjahren zu Beginn der 1960er-Jahre weggeräumt worden waren, dürfte der Blick aus den Fenstern zum Rhein, zum Berger Hafen und hinüber zum Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in der Haroldstraße den Ministerpräsidenten zufriedengestellt haben. Im Vergleich zur Villensicht war der Ausblick der Beamten im Landesministerium und in der Staatskanzlei aus dem Landeshaus erheblich limitierter. Gut hatten es diejenigen mit Rheinblick – allerdings weniger in den unteren Etagen angesichts des vorbeirauschenden Verkehrs auf der Bundesstraße 1. Über sehr viel begrenzte Sicht aber verfügte man nach Norden, denn hier reckte sich seit 1958 das von den Architekten Paul Schneider-Esleben

(1915–2005) und Egon Eiermann (1904–1970) entworfene Mannesmann-Hochhaus (heute: Vodafone-Hochhaus) mit seinen 22 Geschossen und 88,5 Meter Höhe in den Himmel. Die Aussicht nach Osten wurde seit 1965 durch das neu erbaute Wirtschaftsministerium dominiert.

Überhaupt kann man für die kommenden 40 Jahre nach der Grundsanierung von Landeshaus und Villa Horion um 1960 feststellen, dass sich die nähere Umgebung der beiden Häuser erheblich wandelte, während diese selbst in ihrem äußeren baulichen Bestand nahezu unverändert blieben. Zu den ganz wesentlichen Eingriffen in das städtebauliche Umfeld der beiden Gebäude zählen der Bau der Rheinkniebrücke, die Errichtung des neuen nordrhein-westfälischen Landtages sowie das Projekt des Rheinufertunnels. Kaum ein Jahr nachdem die Renovierungsarbeiten am Landeshaus abgeschlossen und das Arbeits- und Sozialministerium sowie die Staatskanzlei eingezogen waren – kaum also hatte Konrad Grundmann sich an seinem sanierten Dienstsitz eingerichtet –, wurde 1962 der Beschluss zum Bau der Rheinkniebrücke gefasst.

Die Rheinkniebrücke – architektonisches Markenzeichen am südlichen Rheinufer Düsseldorfs

Die von dem Architekten Friedrich Tamms (1904–1980) geplante gut 560 Meter lange und aus Stahl erbaute Schrägseilbrücke über den Rhein bildet mit ihren zwei jeweils 114 Meter hohen Pylonen ein eindrucksvolles Bauwerk, welches das südliche Düsseldorfer Stadtbild entscheidend prägt. Die Bauarbeiten begannen nach dreijähriger Planungsphase 1965 und fanden mit der Freigabe der Brücke für den Verkehr im Oktober 1969 ihren Abschluss. Bei der Brücke handelt es sich (neben der Oberkasseler Brücke in Höhe der Altstadt und der Theodor-Heuss-Brücke im Norden) um einen weiter südlich gelegenen Rheinübergang im Innenstadtbereich Düsseldorfs. Wegen des zunehmenden Verkehrs ist sie als Verbindung zwischen den Bundesstraßen 1 und 7 sowie den Autobahnen Richtung Westen nicht mehr wegzudenken. Die Brücke beeinträchtigt allerdings den Blick von Süden auf Landeshaus und Villa Horion. Unterhalb der Brücke, gelegen zwischen Landtag und Landeshaus, öffnete 1997 „Roncalli's Apollo Varieté“ seine Tore. Nach fast 40 Jahren Pause knüpfte es an die Tradition des 1899 erstmals spielenden und 1959 geschlossenen Apollo-Theaters am Graf-Adolf-Platz an.



Rheinkniebrücke im Bau, um 1966



Das 1997 unter der Rheinkniebrücke eröffnete „Roncalli's Apollo Varieté“, 2009



Heinz Kühn (1912–1992),
1966–1978 Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen



Werner Figgen (1921–1991),
1966–1975 Arbeits- und
Sozialminister



Prof. Dr. Friedhelm Farthmann
(geb. 1930), 1975–1985 Minister
für Arbeit, Gesundheit und
Soziales

Als der Bau der Rheinkniebrücke 1965 begann, war Franz Meyers noch gut ein Jahr nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und Konrad Grundmann noch gut ein Jahr Minister. Im Dezember 1966 wechselten allerdings die Hausherren abrupt. Denn mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums löste der neue Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) (1912–1992) Meyers ab. Meyers hatte die Bildung einer Großen Koalition nach Bundesvorbild auch in Düsseldorf angestrebt und scheiterte mit diesem Vorhaben. Genau umgekehrt sollte aber die sozialliberale Koalition in Nordrhein-Westfalen drei Jahre später zum Muster für die Regierungsbildung in Bonn werden. Mit Heinz Kühn bezog als neuer Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen (SPD) (1921–1991) das Landeshaus. Kühn und Figgen arbeiteten bis 1975 gemeinsam im Kabinett und als Nachbarn am Mannesmannufer. Dann wurde Figgen von Friedhelm Farthmann (SPD) (geb. 1930) als Landesminister abgelöst, während Kühn als Ministerpräsident noch weitere drei Jahre bis 1978 in der Villa Horion residierte. Im selben Jahr 1978 fiel auch eine Grundsatzentscheidung im Düsseldorfer Landtag, nämlich für den Neubau des Landtagsgebäudes im früheren Berger Hafen.



Plan des Architekten Hans Schwippert
(1899–1973) für eine Erweiterung des
Ständehauses, 1959



Entwurf für den Ausbau des Ständehauses
mit Flügelanbauten, um 1975

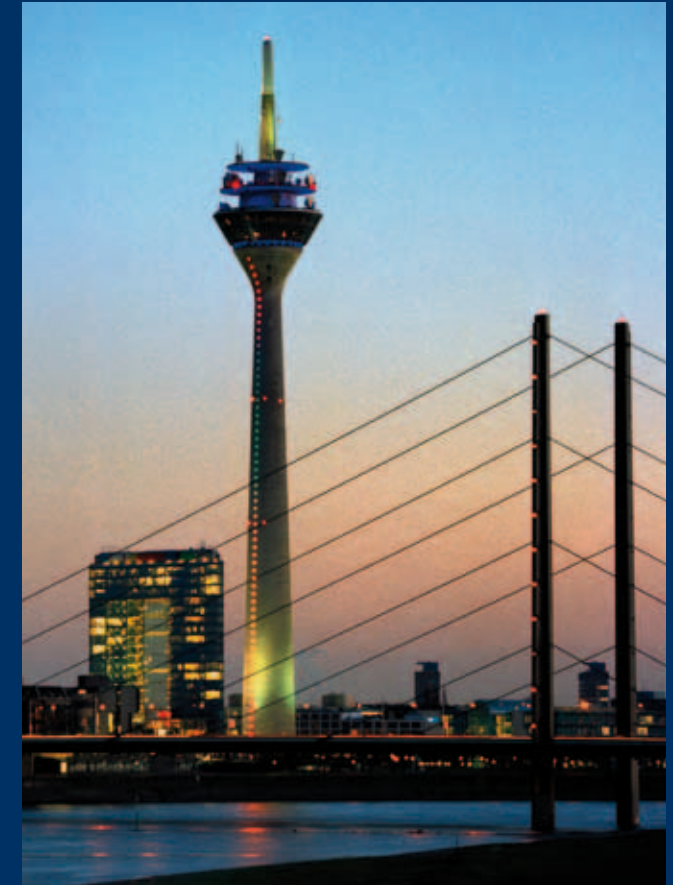
Der neue Landtag am Rhein

Nur wenige Jahre nach dem Einzug des nordrhein-westfälischen Landtages in das Ständehaus 1949 zeigte sich eine erhebliche Raumnot. Bereits seit Ende der 1950er-Jahre wurden deshalb Um-, Aus- und Neubaupläne diskutiert. Spektakulär war der Plan des Architekten Hans Schwippert (1899–1973) für ein zehnstöckiges Hochhaus im hinteren Drittel des Ständehauses. Das Ergebnis eines Architektenwettbewerbs von 1975 sah den Anbau von weit in den Park am Schwanenweiher ausgreifenden Flügeln vor. Dagegen aber erhoben sich massive Proteste einer Unterbilker Bürgerinitiative „Rettet die Ständehausanlage“ und verschiedener Düsseldorfer Heimatvereine. Nachdem der Stadtrat 1978 Untersuchungen im Berger Hafen hatte durchführen lassen, stimmte auch der Landtag einem Bebauungsplanentwurf zu. In einem 1979 durchgeführten Bauwettbewerb ging als Sieger der Entwurf der Architekten Eller, Maier, Moser, Walter und Partner hervor. Im Frühjahr 1980 begann man mit dem Abriss der Hafengebäude und dem Zuschütten des Hafenbeckens, zwei Jahre später mit dem Rohbau des Landtages. 1984 wurde Richtfest gefeiert, und ab August 1988 zog der Landtag in das neue Gebäude ein, das am 2. Oktober feierlich eröffnet wurde. Die Hochstraße östlich des Landtages wurde im Herbst 1990 gesprengt.

Bereits 1982 wurde der Rheinturm in der südlichen Nachbarschaft des neuen Landtages fertiggestellt. Der Fernmeldeturm wurde 2004 um einige Meter auf rund 240 Meter Höhe aufgestockt.



Geflutete Landtagsbaustelle, 1984



Rheinturm, Rheinkniebrücke und Stadttor, 2003

✕ BAUBEGINN DES RHEINTURMS
20.01.1979

✕ BAUBEGINN DES ‚LANDTAGES AM RHEIN‘
Mai 1982



Hermann Heinemann (1928–2005), 1985–1992 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales



Franz Müntefering (geb. 1940), 1992–1995 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales



Dr. Axel Horstmann (geb. 1954), 1995/96 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Das Landeshaus war bereits bei der Gründung Nordrhein-Westfalens 1946 Dienstsitz des Arbeits- und des Sozialministeriums gewesen. Nach der Zusammenführung beider Ministerien 1953 wurde es nur kurzfristig ans Carltor verlegt. 1955 kehrte es an die Berger Allee zurück; die Adresse lautete seit 1958 Horionplatz. Bis 1995 beherbergte das Landeshaus dieses Ministerium, das in der Ministerzeit Werner Figgins 1970 noch den Gesundheitsbereich aus dem Innenministerium zugeordnet erhielt und seitdem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hieß. Nach Figger bis 1975 und Farthmann in den Jahren 1975 bis 1985 residierten im Landeshaus 1985 bis 1992 Hermann Heinemann (SPD), 1992 bis 1995 Franz Müntefering (SPD) und 1995/96 Axel Horstmann (SPD) als Minister und Hausherren. Erst 1996 zogen die Amtsnachfolger an den Fürstenwall um und überließen das Landeshaus für mehrere Jahre ganz der Staatskanzlei.

Im Landeshaus saßen damit fast 40 Jahre lang Beamte und Angestellte, die sich den vielfältigen Fragen von Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht, Gewerbeaufsicht, Sozialversicherung, Volks- und Jugendwohlfahrt sowie dem Gesundheitswesen widmeten. Dafür verlor das Ministerium 1985 den Bereich des Umweltschutzes, der an das frühere Ernährungs-, nun Umweltministerium übergang. Gerade der Strukturwandel des Landes Nordrhein-Westfalen hat in den 1960er- und 1970er-Jahren den Arbeits- und Sozialbereich stark beschäftigt. So zähl-

ten die Arbeitsverwaltung ebenso wie die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit zu den wichtigsten Aufgaben der Ministerialbürokratie im Landeshaus. Gewerbeaufsicht, Versorgungsverwaltung und insbesondere der zunehmend stärker im öffentlichen Rampenlicht stehende Bereich der Gesundheitspolitik traten hinzu.

Der insgesamt eher unspektakulär ablaufenden ministeriellen Verwaltungsarbeit im Landeshaus kontrastierte recht deutlich die repräsentative Funktion der Villa Horion als Sitz der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zwischen 1961 und 1999. Mit Franz Meyers, Heinz Kühn, Johannes Rau und zuletzt Wolfgang Clement hat die Villa vier sehr verschiedene Hausherren gesehen. Hinsichtlich ihrer Ausstattung konnte das ehemalige Domizil des Landeshauptmanns am Rheinufer nicht nur die Ministerpräsidenten als dienstliche Nutzer, sondern auch immer wieder Besucher mit seiner neoklassizistischen Architektur beeindrucken. Zu den prominentesten Gästen zählten zweifelsfrei die Staatsoberhäupter, die bei einem Aufenthalt in der Landeshauptstadt Düsseldorf vom Ministerpräsidenten entweder im Schloss Benrath, im Schloss Jägerhof oder in der Villa Horion empfangen wurden. Besonders in den 20 Jahren zwischen 1978 und 1998, in denen Johannes Rau (SPD) (1931–2006) als Ministerpräsident in der Villa Horion residierte, gaben sich zahlreiche Staatsbesucher die Ehre. An gekrönten Häuptern empfing Rau u. a. den spanischen König Juan



Dr. Johannes Rau (1931–2006),
1978–1998 Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

Carlos (1986) und den japanischen Kaiser Akihito (1993). Als Staatshäupter ihrer Länder kamen u. a. Bruno Kreisky (Österreich, 1980), Shimon Peres (Israel, 1986), Erich Honecker (DDR, 1987), François Mitterand (Frankreich, 1987) sowie Gro Harlem Brundtland (Norwegen, 1988). Michail Gorbatschow reiste 1992 und 1995 zu Treffen mit Rau nach Düsseldorf; auch UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar (1986), NATO-Generalsekretär Lord Carrington (1986) und EG-Kommissions-Präsident Delors (1990) wurden in der Villa Horion empfangen. Schließlich kamen auch Raus Amtsvorgänger als Bundespräsidenten zu Besuch und hielten sich in der Villa Horion auf: Walter Scheel (1975), Karl Carstens (1980), Richard von Weizsäcker (1984) und schließlich Roman Herzog (1994).

Während die zahlreichen Staatsbesuche immer wieder einen willkommenen Anlass boten, um die Villa Horion als repräsentativen Dienstsitz des Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit zu präsentieren, ereignete sich im Januar 1991 ein Vorfall, der Landeshaus und Villa ungewollt und unangenehm in die Schlagzeilen brachte. Eine Gruppe von Sinti und Roma hatte das Rheinufer vor den Gebäuden besetzt, um gegen die geplante Abschiebung von 1.400 Landsleuten nach Mazedonien zu protestieren. Diesen Anlass nutzten Terroristen der „Revolutionären Zellen“ für eine, wie es hieß, „Aktion gegen die politische Schaltzentrale der Vertreibungspolitik gegen die Roma als Unterstützung eines Kampfes gegen die anstehenden Massendeportationen“. Am Nachmittag des 8. Januar 1991 ging bei der Düsseldorfer Redaktion der „Rheinischen Post“ ein Flugblatt ein, in dem von einem ausgeführten Sprengstoffanschlag die Rede war. Der in einer Mauernische des Landeshauses versteckte Brandsatz wurde trotz intensiver Suche tatsächlich erst am Morgen nach der Bombenwarnung gefunden. Er war nur deshalb nicht explodiert, weil die Zeitschaltuhr nicht funktioniert hatte.

Zum Zeitpunkt des gescheiterten Bombenattentats waren Pläne über eine Verlegung des Dienstsitzes von Ministerpräsident und Staatskanzlei in das nach dem Umzug des Landtages an das Rheinufer seit 1988 leer stehende Ständehaus weit fortgeschritten. Ein Problem bestand

allerdings darin, dass in dem bereits über 100 Jahre alten Bauwerk zu wenig Büroräume vorhanden waren, sodass ein Teil der Staatskanzlei ins Gebäude des Innenministeriums an der Haroldstraße hätte ziehen müssen. Im März 1991 verfügte jedoch das Finanzministerium wegen der angespannten Finanzlage einen Baustopp „auf unbestimmte Zeit“. So blieben Ministerpräsident und Staatskanzlei vorerst in der Villa Horion und im Landeshaus.

1995 öffnete Johannes Rau das von ihm scherzhaft als „Pfortnerhäuschen von Mannesmann“ bezeichnete Gebäude für einen Tag der offenen Tür. In seiner Begrüßungsrede stellte er fest: Das Haus des Ministerpräsidenten sei „kein Prunkbau, aber es kann sich sehen lassen: einladend und repräsentativ, zugleich traditionsbewusst und solide – ich finde, das Haus ist so wie unser Land“. Besuchergruppen konnten sich – laut Programm – zehn bis 15 Minuten lang im Vorzimmer und Büro des Ministerpräsidenten, im Foyer, Frühstücksraum und Wintergarten umsehen. Alles ging geordnet zu, zumal die Sicherheitsbehörden angesichts der in der ‚Szene‘ angekündigten Punker-Chaos-Tage Vorsorge getroffen hatten. Der Zugang erfolgte über den Eingang des Landeshauses auf der Rheinseite, der seit Jahrzehnten verschlossen gewesen war. Der Anlass für den Tag der offenen Tür, den auch Landtag und WDR gleichzeitig begingen, war die Eröffnung des Düsseldorfer Rheinufertunnels, die unter dem Motto „Düsseldorf kehrt zurück an den Rhein“ stand.

Der Rheinfertunnel – ein Jahrhundertprojekt



Beginn der Bauarbeiten am Rheinfertunnel, 1990

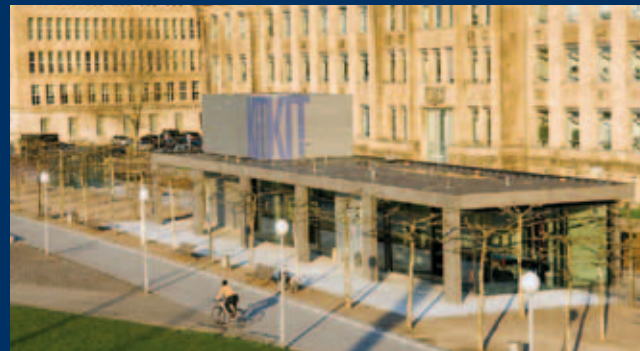
Der Rheinfertunnel führt die Bundesstraße 1 für etwa zwei Kilometer unter dem rechten Düsseldorfer Rheinufer entlang. Die nördliche Einfahrt erfolgt in der Nähe der Oberkasseler Brücke, die südliche Einfahrt unterhalb des 1999 fertiggestellten Stadttors. In einem Gutachten war bereits Ende der 1970er-Jahre festgestellt worden, dass ein Großteil des Hafens für den Güterumschlag nicht mehr notwendig sei. So stimmte nach der Finanzierungszusage des Landes im Jahr 1986 der Düsseldorfer Stadtrat im Dezember 1987 dem Bau eines Tunnels zur Verkehrsentlastung des Rheinufers zu. Zur damaligen Zeit handelte es sich um eines der größten Bauprojekte zur Verkehrsberuhigung überhaupt. Der Verkehr wird unterirdisch durch zwei zum Teil übereinanderliegende Röhren geführt. Zwischen März 1990 und Dezember 1993 wurde im und am Tunnel knapp eine halbe

Milliarde DM an Bundes- und Landesmitteln verbaut. Seit der Eröffnung des vierspurigen Straßentunnels fahren täglich über 50.000 Fahrzeuge unter der Düsseldorfer Rheinwerft durch. Der Tunnel besitzt neben den Frontaleinfahrten mehrere seitliche Ein- und Ausfahrten, die zum Medienhafen, nach Unterbilk, zum Landtag, zur Rheinkniebrücke sowie ins Zentrum und nach Oberkassel führen.

Oberhalb des Tunnels wurde in den Jahren 1993 bis 1995 ein drei Kilometer langer Fußweg als Rheinuferpromenade angelegt, der sich vom Rheinturm bis zur Altstadt erstreckt. Das verkehrsberuhigte Rheinufer lädt zum Flanieren ein und wird für Open-Air-Veranstaltungen genutzt. In einem sogenannten Tunnelrestraum zwei Meter unterhalb der Rheinuferpromenade wurde 2007 eine Ausstellungsfläche für zeitgenössische Kunst, der sogenannte KIT (Kunst im Tunnel) eröffnet. Im oberirdischen, zur Rheinseite verglasten Eingangspavillon ist ein Café-Bistro untergebracht.



Landeshaus mit Rheinuferpromenade, 2004



KIT (Kunst im Tunnel) auf der Rheinuferpromenade vor dem Landeshaus, 2009

FREIGABE DES RHEINFERTUNNELS
15.12.1993

ERÖFFNUNG DER RHEINFERTUNNELPROMENADE
10.06.1995

Mit der Freigabe des Rheinufertunnels 1993 war eine ganz erhebliche Lärm- und Staubentlastung für das Landeshaus und die Villa Horion verbunden. Durch die Eröffnung der Rheinuferpromenade kehrte 1995 ein echtes Stück Lebensqualität an das südliche Rheinufer zurück. Landeshaus und Villa Horion wurden nun auch rheinseitig wieder begehbar, erfahrbar – im wahrsten Sinne des Wortes „ansehnlich“.

Das folgende Jahr 1996 war mit einem erneuten Einschnitt in der Nutzung des Landeshauses verbunden. Denn die Mitarbeiter in den 66 Büros des Arbeits-, Gesundheits- und Sozialministeriums im Landeshaus zogen im Frühjahr in einen Neubau am Fürstenwall um. Gründe für den Umzug waren zum einen der wachsende Raumbedarf der Staatskanzlei und zum anderen der Wunsch, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in einem einzigen Gebäude unterzubringen. Es blieben zunächst der Ministerpräsident in der Villa Horion und die Staatskanzlei im Landeshaus – aber auch nur noch für drei Jahre. Denn im März 1999 zog der neue Amtsinhaber Wolfgang Clement (SPD) (geb. 1940) aus der Villa Horion und die Staatskanzlei aus dem Landeshaus in das neu erbaute gläserne Stadttor am Rheinufertunnel um.

Die Villa Horion stand seit 1999 zunächst leer und musste zudem dringend saniert werden. Für insgesamt 2,5 Millionen DM wurde im Jahr 2001 die Elektrik erneuert, die Klimaanlage instand gesetzt, der Brandschutz verbessert und neues Mobiliar gekauft. Die Presse schrieb, das Gebäude wirke nun „nicht mehr so plüschig“. Seit der Eröffnung am 18. Dezember 2001 wird die Villa Horion vom Petitionsausschuss des Landtages und für repräsentative Veranstaltungen und Ausstellungen vom Präsidenten bzw. der Präsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen genutzt. 2006 wurden erneut Umbaumaßnahmen im Innern vorgenommen, und die Außenfassade wurde saniert. Links vom Eingang steht seit Mai 2007 und nach Reinigung der Natursteinfassade des Hauses erneut seit März 2008 eine Bronzestatue des früheren Hausherrn, des ehemaligen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten Johannes Rau. Die britische Bildhauerin Ann Weers-Lacey hat das lebensgroße Kunstwerk geschaffen, das sich auf dem 2007 so umbenannten Johannes-Rau-Platz vor der Villa Horion befindet.



Villa Horion, 1998



Christina Rau und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bei der Einweihung der Skulptur von Johannes Rau, 2007



Wolfgang Clement (geb. 1940),
1998–2002 Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

Nach dem Umzug des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei ins Stadttor begannen im Jahr 1999 umfangreiche Arbeiten zur Grundsanierung des Landeshauses. Nach fast 40-jähriger durchgängiger Nutzung waren sie unvermeidlich geworden und zogen sich über rund zwei Jahre hin. Zunächst war geplant, dass das 1998 neu gebildete Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport unter Ilse Brusis (SPD) (geb. 1937) im dritten Quartal des Jahres 2000 in das Landeshaus einziehen sollte. Es wurde eine umfassende Bau- und Elektrosanierung durchgeführt, und es wurden Sanitäranlagen eingebaut bzw. erneuert. Insgesamt erhielt das Landeshaus eine moderne Prägung, die sich u. a. in der Entscheidung für helle Farben und bei der Ersetzung der nicht mehr verwendungsfähigen dunklen Einbauschränke zeigte. Der ehemalige Eingang am Mannesmannufer wurde zurückgebaut und durch eine

moderne Stahl-Glas-Konstruktion als Windfang ersetzt. Auf eine behindertengerechte und barrierefreie Sanierung wurde geachtet. Dies schloss auch einen barrierefreien Zugang zum Landeshaus ein, der jedoch aus Kostengründen durch einen Nebeneingang am Horionplatz realisiert wurde.

Bei der Frage, ob die Fensterverglasung erhalten werden sollte, stießen die Interessen des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege und des Staatlichen Bauamts aufeinander, denn Denkmalpflege und Wärme- sowie Sonnenschutz ließen sich nur bedingt miteinander vereinbaren. Am Ende blieben 32 Fenster im Bereich des Treppenhauses am Mannesmannufer erhalten. Die Fenster im Erdgeschoss des Landeshauses hingegen wurden ausgebaut und durch neue Holzfenster ersetzt. Die Gesamtkosten der Grundsanierung einschließlich der Elektrosanierung in den Jahren 1999 bis 2001 betragen knapp 22 Millionen DM.



Harald Schartau (geb. 1953),
2000–2002 Minister für Arbeit,
Soziales, Qualifikation und
Technologie, 2002–2005 Minister
für Wirtschaft und Arbeit

Nach der Landtagswahl im Jahr 2000 erfolgte eine erneute Ressortumbildung. Statt des ursprünglich dafür vorgesehenen Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport wurde das Landeshaus seit 2001 vom neu geschaffenen Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie unter Harald Schartau (SPD) (geb. 1953) genutzt. Schartau leitete auch das 2002 zusammengeführte Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, das bis 2005 die Abteilung für Arbeit im Landeshaus unterbrachte.

Während die Provinzialverwaltung 1910 noch über die mangelhafte Verfügbarkeit von Kunst „zur Ausschmückung“ des Landeshauses klagte, fanden sich rund 90 Jahre später gleich mehrere Quellen. Der größte Teil der von zumeist jungen Künstlerinnen und Künstlern geschaffenen Werke, mit denen das Landeshaus 2001 ausgestattet wurde, stammt aus dem landeseigenen Kunstfundus; der kleinere Teil wurde als Leihgabe von der Kunststiftung Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Die neue Leichtigkeit, die im Landeshaus mit seiner umfassenden Modernisierung Einzug hielt, verstärkte die Künstlerin Tatjana Doll im Foyer mit ihren eigens dafür geschaffenen Werken.

NEUER MINISTERPRÄSIDENT WOLFGANG CLEMENT

17.06.1998

UMZUG DER STAATSKANZLEI INS STADTTOR

27.03.1999

Kunst am Bau – auf der Suche nach Farbe

von Renate Ulrich (Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen/Kulturabteilung)

Gleich im Eingang des Landeshauses strahlt dem Besucher die Farbe Rot entgegen. Die frechen „Stadionsitze“, gemalt von der Künstlerin Tatjana Doll, wirken in einem Ministerium zunächst befremdlich. Bis zur Sanierung im Jahre 2002 waren an derselben Stelle zwei Wandreliefs mit Flusslandschaften, die an den nahen Rheinstrom erinnerten, zu sehen. Mit ihrer dumpfen, erdbräunlichen Oberfläche verbreiteten die beiden Tafeln eine wenig optimistische Stimmung, die nicht so recht zu dem neu geschaffenen Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie passen wollte.

Schnell war klar, dass die elegante und geometrisch strukturierte Architektur des Eingangsbereichs einen starken emotionalen Ausdruck brauchte. Hier war nun künstlerische Kreativität gefragt. Wie bei allen Neu- und Umbauten des Landes Nordrhein-Westfalen stand für die künstlerische Gestaltung der Halle Geld aus dem Kunst-und-Bau-Programm zur Verfügung.

Das Element Farbe, so wurde entschieden, sollte künftig den Ort prägen. Die 1970 in Westfalen geborene Malerin Tatjana Doll, Absolventin der Düsseldorfer Kunstakademie, erhielt den Auftrag für einen ersten Entwurf. Die Künstlerin empfahl sich mit ihren großflächigen und starkfarbigen Gemälden. Bei einem Atelierbesuch hatte ihr souveräner Umgang mit Farbe und die expressive Art und Weise des Farbauftrags sehr beeindruckt. Die

abgebildeten Objekte entstammen grundsätzlich der Alltagswelt, wo sie eigentlich kaum bemerkt und nun von der Künstlerin auf raffinierte Weise in den Mittelpunkt unserer Wahrnehmung gerückt werden. Gleichzeitig „benutzt“ sie in ihrem Werk diese einfachen Motive, um uns auf brillante Weise und exemplarisch die Möglichkeiten der Malerei vorzuführen. Die Entscheidung für die Realisierung der „Sitzschalen“ fiel rasch und einstimmig.

Die beiden Gemälde von Tatjana Doll wurden mit einer Lattenkonstruktion über die Reliefs gehängt. Die monumentalen und gleichzeitig leichten Bilder geben dem Raum nun eine völlig neue Dimension. Das Rot der auf-

und zugeklappten Sitze, gesteigert durch die Komplementärfarbe Grün in der oberen Reihe, verleiht ihm Frische und Dynamik.

Das Kunst-und-Bau-Projekt in der Landesbehörde eröffnet einmal mehr den Blick auf ein Beispiel junger zeitgenössischer Kunst, ohne dass die „Schwelle“ eines Museums im Wege wäre.



Sitzschalen
Sitzschalen geklappt
Tatjana Doll

Kunst aus Nordrhein-Westfalen im Landeshaus

von Maria Engels, M. A. (Kunsthistorikerin, Leiterin der Sammlung „Kunst aus NRW“)



Desirée
Renate Goebel

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, beheimatet in dem in dieser Publikation beschriebenen Landeshaus, präsentiert sich sowohl in den öffentlich zugänglichen Bereichen als auch in einer ganzen Reihe einzelner Diensträume mit einer Vielzahl von Werken junger, zeitgenössischer Kunst aus Nordrhein-Westfalen.

Das Ministerium nutzt hier die Möglichkeiten, die ein landeseigener Kunstfundus bietet, der im Rahmen der 1948 vom damaligen Kultusministerium des Landes ins Leben gerufenen staatlichen Künstlerförderung durch Ankauf in den inzwischen vergangenen 60 Jahren zusammengetragen worden ist.

Auch die früher im Landeshaus untergebrachte Staatskanzlei hat sich schon dieses Fundus bedient, um ihre Räume und die angrenzende Villa Horion repräsentativ mit Kunstwerken auszustatten, die nicht nur aus dem Besitz des Landes stammen, sondern auch ausschließlich von Künstlerinnen und Künstlern geschaffen wurden, die im Land tätig waren oder sind. Mit deren Unterstützung hat die Landesregierung von Anfang an ihre fördernde Anteilnahme an der künstlerischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen bekundet.

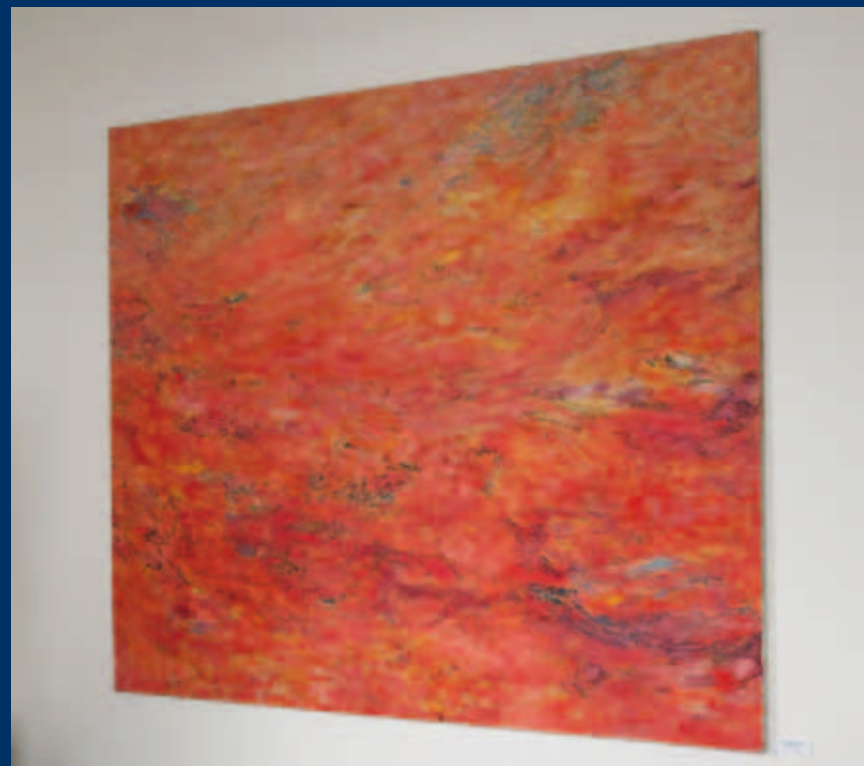


Landschaft Weg
Jan Kolata

Für die Ministerien des Landes und die Staatskanzlei ist also mit diesem Ankauffundus die Möglichkeit gegeben, die öffentlichkeitswirksamen Bereiche ihrer Dienstgebäude angemessen auszustatten. Die Werke der geförderten Künstlerinnen und Künstler werden so einem breiten Publikum vorgestellt. Diese Nutzung der Förderankäufe stellt allerdings nur eine – bezogen auf die öffentliche Wirkung der Werke – Möglichkeit ihrer Präsentation dar.



Autofahren
Jan Kolata



Eine Vielfalt zwischen Rot und Gelb, Orange
Nora Ehrlich

Ein großer Teil der Förderankäufe ist im landeseigenen Ausstellungshaus „Kunst aus NRW“ in der ehemaligen Reichsabtei Aachen-Kornelimünster – einer spätbarocken, schlossartigen Anlage – in musealem Rahmen zugänglich, immer wieder bereichert um zahlreiche

Sonderausstellungen für die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte geförderten Künstler. „Kunst aus NRW“ regelt auch den Leihverkehr der Kunstwerke für die Landesbehörden.



Schneefallbild
Ludmilla von Arseniew



R.o.T.
Rita Rohlfing

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat für die Ausstattung seines Hauses bevorzugt Werke noch junger Künstlerinnen und Künstler ausgesucht und einen ganz besonderen Schwerpunkt auf die reine, ungegenständliche, meditative Farbmalerie z. B. von Rita Rohlfing, Jan Kolata, Claudia Desgranges und Nora Ehrlich gelegt.

Für einen nachhaltigen Akzent sorgen im Eingangsbereich die beiden Arbeiten der Förderpreisträgerin für bildende Kunst des Landes Nordrhein-Westfalen 2003

Tatjana Doll, großformatige, stark farbige Bilder, die Reihungen von Sitzschalen wiedergeben, wie sie in Stadien üblich sind, und ein überaus prägnantes, einprägsames und ungewöhnliches optisches Highlight darstellen.

Besonders bemerkenswert sind auch die zahlreichen Originalgrafiken heute zum Teil sehr bekannter und renommierter nordrhein-westfälischer Künstlerinnen und Künstler, die in der ersten Hälfte der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts im Sinne der Künstlerförderung vom damaligen Kultusministerium in Auftrag gegeben

und verlegt worden sind, darunter Werke von K. O. Götz, Hann Tier, Bernhard Schultze, Otto Piene, Heinz Mack, Sigmar Polke, Gerhard Richter, Rupprecht Geiger u. v. a.

Die moderne Kunst verleiht dem denkmalgeschützten Gebäudekomplex am Mannesmannufer eine ganz besondere, individuelle, beeindruckende, nachhaltig wirksame Ausstrahlung.



Armin Laschet (geb. 1961), seit 2005 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration

2005 erfolgte die bisher letzte Umnutzung des Landeshauses. Mit der Ablösung der Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen durch eine CDU/FDP-Koalition unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) wechselten erneut der Hausherr und die Behörde im Landeshaus. Die Wirtschaft ging, aber die Arbeit blieb – zwar nicht in Gestalt des Arbeitsministeriums, aber als die regere Tätigkeit eines Ministeriums mit einem „ziemlich langen Namen“, wie dies Minister Armin Laschet (CDU) bei der Vorstellung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen verkündete.

Aus Teilen des ehemaligen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, des ehemaligen Sozial- und Umweltministeriums hat Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland ein Ministerium geschaffen, das für die Zukunft so wichtige Politikfelder wie den demografischen Wandel, das Zusammenleben der Generationen und die Integration von Zugewanderten zusammenführt. Minister Armin Laschet wurde damit zugleich der erste Integrationsminister in Deutschland. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration beschreibt als sein Ziel „eine neue Kultur des Füreinander und Miteinander“. Denn ein Land mit mehr älteren Menschen, mehr Frauen als Männern und mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müsse das Zusammenleben seiner Bürgerinnen und Bürger fördern.

Gut ein Jahr nach dem Einzug des neuen Ministeriums gab es die Gelegenheit, bei einem Tag der offenen Tür über seine Arbeit zu informieren. Im Rahmen eines großen Landesfestes zum 60-jährigen Jubiläum Nordrhein-Westfalens gewährte das ‚Generationenministerium‘ am 26. und 27. August 2006 einen Blick hinter die Kulissen des Landeshauses. Unter dem Motto „Unser Land, unser Haus, unser Fest“ wurde mit Ständen und Aktionen zum Mitmachen ein buntes Fest der Generationen begangen.

An einem nunmehr fast 100 Jahre alten Gebäude setzten sich die Sanierungsarbeiten auch unter den neuen Nutzern fort. So wurde zwischen März und Oktober 2007 eine Sanierung der Natursteinfassade des Gebäudeteils am Rheinufer durchgeführt. Und auch für das Jahr 2009 ist mit der Sanierung der Fassade des neueren Gebäudeteils zum Horionplatz, des sogenannten Rühl'schen Anbaus aus den 1930er-Jahren, eine weitere Maßnahme vorgesehen.

Nach den verschiedenen Sanierungsmaßnahmen des vergangenen Jahrzehnts ist inzwischen ein nicht nur ansehnliches Gebäude, sondern ein kleines Prunkstück an der Rheinuferpromenade entstanden. Es war deshalb konsequent, dass das Landeshaus im Juni 2008 im Rahmen des „Lichtmasterplans der Stadt Düsseldorf“ eine Fassadenbeleuchtung durch die Installation von Bodenstrahlern erhielt.

Nicht nur durch äußeren Glanz, sondern primär durch Qualität soll die Arbeit im Innern des Landeshauses bestechen. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration möchte nach eigenem Verständnis die „Herausforderungen der demografischen Entwicklung“ annehmen und Politik „aktiv gestalten“. Das ‚Generationenministerium‘ bündelt in seiner Arbeit „die wichtigsten Politikfelder der Zukunft unter einem Dach“ – eben dem Dach eines traditionsreichen Gebäudes, dessen Baubeginn vor 100 Jahren beschlossen wurde.



Landeshaus und Villa
Horion am NRW-Tag,
2006

✦ „FEST DER GENERATIONEN“ IM LANDESHAUS ZUM 60-JÄHRIGEN LANDESJUBILÄUM
26./27.08.2006

Anhang

Franz Meyers: „Neue Unterbringung von Ministerpräsident und Staatskanzlei“.....	64
Nutzung des Landeshauses 1911 bis heute	66
Nutzung der Villa Horion 1911 bis heute	66
Nutzer des Landeshauses 1911 bis heute	67
Nutzer der Villa Horion 1911 bis heute	68
Chronik zur Geschichte des Landeshauses und der Villa Horion	70
Quellen und Literatur	74
Ungedruckte Quellen	74
Gedruckte Quellen	74
Literatur	75
Internetressourcen	75
Bildnachweis	76
Impressum	76

Franz Meyers: „Neue Unterbringung von Ministerpräsident und Staatskanzlei“

Auszug aus: Franz Meyers, gez. Dr. Meyers, Düsseldorf 1982, S. 275–279

Schon bald nach meiner Amtsübernahme war mir klar, daß für die Behörde des Ministerpräsidenten eine neue und bessere Unterbringung gesucht werden müsse. Die Räume im Hause Elisabethstraße 5, in denen Ministerpräsident und Innenminister, seinerzeit der Not Rechnung tragend, gemeinsam Unterkunft gefunden hatten, waren für einen Regierungschef unmöglich. Verglich man die Unterbringung des Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten deutschen Landes mit der seiner Kollegen, so konnte man je nach Temperament nur lachen oder weinen. [...] [Plan der Unterbringung im sogenannten Spee'schen Palais scheitert]

Danach bot sich für die Unterbringung des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei nur noch das alte Landeshaus des Rheinischen Provinzialverbandes am Mannesmannufer an, vor allem deshalb, weil sich unmittelbar daneben die ehemalige Dienstwohnung des Landeshauptmannes befand, das sogenannte „Horionhaus“. Dieses konnte bei entsprechenden Umbauarbeiten als Dienstsitz des Ministerpräsidenten eingerichtet werden; zugleich war es möglich, dort in begrenztem Umfang Repräsentationsräume zu schaffen. Das wiederum gab die Möglichkeit, das bisherige Gästehaus der Landesregierung an der Ceciliallee aufzugeben, weil es vom Dienstsitz des Ministerpräsidenten zu weit entfernt war und im Hinblick auf die Verbesserung der Düsseldorfer Hotelsituation in der kombinierten Form von Repräsentations- und Schlafräumen nicht mehr benötigt wurde.

Bereits Ende August 1958 betraute ich Ministerialrat Dr. Seeger¹ mit der Koordinierung aller Vorbereitungs- und Durchführungsmaßnahmen. Der Umbau des Horionhauses wurde Professor Hentrich² anvertraut, der die Gattin des Kultusministers, Frau Schütz³, eine gelernte Innenarchitektin, mit heranzog. Es dauerte jedoch noch weit mehr als ein Jahr, bis ich mit dem Chef der Staatskanzlei und dem Persönlichen Referenten übersiedeln konnte. Die Staatskanzlei folgte erst ein Dreivierteljahr später, weil sich bei den Renovierungsarbeiten am Landeshaus Schäden der Bausubstanz herausgestellt hatten, die alle Termine illusorisch machten. Bei Pliesterarbeiten⁴ stellte sich nämlich heraus, daß der Putz an bestimmten Stellen nicht trocknete, obwohl sie tagelang mit Lampen bestrahlt wurden. Nähere Untersuchungen ergaben, daß an diesen Stellen Stützpfiler des Betonskeletts vorbeiliefen. Als man die feuchten Wandstellen abklopfte, klang es hohl, und bei vorsichtigem Bohren kam Staub. Was sich dann zeigte, verschlug selbst Fachleuten den Atem. Schon um die Jahrhundertwende hatte es offenbar „Baulöwen“ gegeben, die möglichst billig bauen wollten. Sie hatten die Betonpfiler innen hohl gegossen und mit Schutt ausgefüllt. Es war ein reines Wunder, daß das Haus trotz dieser Schwächen der Bausubstanz überhaupt gehalten und den Krieg überdauert hatte. [...] Kurze Zeit später erzwang ich den Umzug in die Villa Horion. [...]

Bei der inneren Ausgestaltung des neuen „Hauses des Ministerpräsidenten“ war es mein Wunsch, dabei auch die besondere landespolitische Bedeutung dieses Dienstsitzes des Regierungschefs sichtbar zum Ausdruck kommen zu lassen. So beschafften meine Mitarbeiter für meine Konferenzzimmer mit großer Mühe eine Reihe alter historischer Stiche, die Ereignisse aus der Geschichte des rheinisch-westfälischen Raumes darstellten, von der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens in Münster bis hin zu einem Hogenberg-Stich⁵ von der Aachener Heiligtumsfahrt⁶.

Für den Sitzungssaal des Erdgeschosses gelang es, eine Sammlung alter Karten der historischen Teilgebiete des Landes zusammenzubringen. Die Stirnseite des Raumes schmückte eine Dreiergruppe alter Hondius⁷-Karten, die Europa, Deutschland und den sogenannten „Westfälischen Reichskreis“ aus der Zeit der organisatorischen Neueinteilung des Heiligen Römischen Reiches unter Kaiser Maximilian⁸ wiedergibt. Dieser „circulus westfalicus“ stimmt seltsamerweise fast völlig mit den heutigen Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen überein. Die Teilkarten zeigen die Gebiete der geistlichen Fürstentümer Köln, Münster und Paderborn, des „Herzogtums Westfalen“ (Sauerland) sowie der weltlichen Herzogtümer Jülich, Kleve, Berg, Geldern, Minden und Ravensberg.

Als mein Arbeitszimmer ließ ich einen kleinen Raum des Erdgeschosses einrichten, der nur einen Schreibtisch mit dem dazugehörigen Sessel und einen Besucherstuhl enthielt. Ein herabhängender Leuchter tauchte lediglich Tisch und unmittelbare Umgebung in Licht. Das erhöhte nach meiner Ansicht die Arbeitsintensität. Die eine Wand bildeten eingebaute Wandschränke mit einem Tresor. Neben der Totenmaske Arnolds in Erz hing noch ein von Schmitt-Rottluf⁹ dem Land geschenktes Stilleben an einer Wand. Den neben diesem kleinen Arbeitszimmer liegenden großen Raum ließ ich mit modernen Tapeten und Möbeln unter Beibehaltung des aus der früheren Zeit stammenden offenen Kamins zum Besprechungszimmer einrichten. Die Repräsentationsräume in der ersten Etage wurden mit Werken von Trägern des im Jahre 1952 gestifteten Großen Kunstpreises des Landes Nordrhein-Westfalen ausgestaltet, und zwar mit Gemälden von Mataré, Schumacher, Gilles, Bretz, Nay, Heckel, Faßbender und Trier sowie mit Plastiken von Heiliger und Székessy¹⁰.

Mit besonderer Sorgfalt war die Damengarderobe ausgestattet. Frau Schütz hatte außer großen Spiegeln im Muster übereinstimmende Tapeten und Vorhänge verwandt, um den Räumen eine intime und außergewöhnliche Note zu geben.

Der Vorraum des Kabinettsaales zeigte historische Stiche berühmter Städte Nordrhein-Westfalens, während der Kabinettsitzungssaal auf einem großen rundgeschnittenen Teakholzrelief eine moderne geographische Karte Nordrhein-Westfalens mit dem Emblem des Landeswappens erhielt; diese Arbeit stammte von Professor Grote¹¹ der Düsseldorfer Kunstakademie.

Allein in der Erdgeschoßhalle setzten sich zunächst die Architekten durch. Dort wurde offensichtlich aus Nostalgie ein monumentales Riesengemälde eines Düsseldorfer Malers aufgehängt, der zur Zeit des Baues des Hauses in Düsseldorf gewirkt hatte. Einige Jahre später ersetzte dieses Prachtstück eine Serie von Porträts der ehemaligen Regierungschefs des Landes. [...]

Als das Dienstgebäude der Staatskanzlei fertiggestellt wurde, gelang es auch dort, in bescheidenem Umfange Träger des Großen Kunstpreises des Landes Nordrhein-Westfalen mit Aufträgen zu versehen. Die Fenster des Treppenhauses und die Innenfenster eines Flügels des Erdgeschosses wurden von Professor Ludwig Gies gestaltet. Für den großen Sitzungssaal arbeitete Professor Joseph Faßbender zwei großformatige Wandteppiche, welche die Schmalwände des Raumes bedecken und thematisch zueinander konzipiert sind. Sie gehören – auch nach Meinung von Fachleuten – zu den schönsten Tapisserien des Künstlers.

¹ Julius Seeger.

² Helmut Hentrich (1905–2001), deutscher Architekt, Inhaber des Ingenieurbüros Hentrich & Petschnigg.

³ Liesel Schütz.

⁴ Putzarbeiten.

⁵ Franz Hogenberg (1535–1590), belgischer Kupferstecher.

⁶ Alle sieben Jahre stattfindende Pilgerfahrt zu den vier Aachener Heiligtümern im Dom.

⁷ Einer der beiden Kartografen Jodocus Hondius (1563–1612) oder Willem Hondius (1597–1652).

⁸ Maximilian I. (1459–1519), Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, ließ in seiner Reichsreform 1500 bzw. 1512 das Reich in sechs, später zehn Reichskreise einteilen.

⁹ Karl Schmidt-Rottluff (1884–1976), einer der wichtigsten expressionistischen Maler.

¹⁰ Ewald Mataré, Emil Schumacher, Werner Gilles, Julius Bretz, Ernst-Wilhelm Nay, Erich Heckel, Joseph Faßbender, Hann Trier, Bernhard Heiliger, Zoltan Skékessy.

¹¹ Günter Grote.

Nutzung des Landeshauses 1911 bis heute

1911–1945	Zentralverwaltung des Rheinischen Provinzialverbandes
1945/46–1953	provisorische Selbstverwaltung, verschiedene Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen
1954–1959	Zentralverwaltung des Landschaftsverbandes Rheinland, verschiedene Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen
1959–1961	Grundsanierung
1961–1970	Ministerium für Arbeit und Soziales
1961–1999	Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
1970–1996	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
1999–2001	Grundsanierung
2001–2002	Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie
2002–2005	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
2005 bis heute	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Nutzung der Villa Horion 1911 bis heute

1911–1945	Landeshauptmann des Rheinischen Provinzialverbandes
1945–1956	britisches Offizierscasino
1959	Grundsanierung
1959–1999	Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
2001	Grundsanierung
2001 bis heute	Präsident(-in) des Landtages Nordrhein-Westfalen

Nutzer des Landeshauses

1911 bis heute

Minister für Arbeit (seit 1953: und Soziales; seit 1970: für Arbeit, Gesundheit und Soziales) 1946–1996

1946–1950	August Halbfell (SPD)
1950	Dr. Heinrich Lübke (CDU)
1950–1953	Johann Ernst (CDU)
1953–1954	Dr. Otto Schmidt (CDU)
1954–1956	Dr. Johann Platte (CDU)
1956–1958	Heinrich Hemsath (SPD)
1958–1959	Johann Ernst (CDU)
1959–1966	Konrad Grundmann (CDU)
1966–1975	Werner Figgen (SPD)
1975–1985	Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD)
1985–1992	Hermann Heinemann (SPD)
1992–1995	Franz Müntefering (SPD)
1995–1996	Dr. Axel Horstmann (SPD) (bis 1998 Minister)

Minister für Soziales 1946-1953 (seit 1953: für Arbeit und Soziales)

1946	Heinz Renner (KPD)
1946–1947	Josef Gockeln (CDU)
1947	Dr. Karl Arnold (CDU)
1947–1950	Dr. Rudolf Amelunxen (Zentrum)
1950	Dr. Christine Teusch (CDU)
1950–1953	Dr. Josef Weber (Zentrum)

Minister für Wiederaufbau 1946-1953 (bis 1953 zeitweilig im Landeshaus)

1946–1948	Hugo Paul (KPD)
1948	August Halbfell (SPD)
1948–1949	Ernst Gnoß (SPD)
1949–1950	Fritz Steinhoff (SPD)
1950	Dr. Heinrich Lübke (CDU)
1950–1953	Dr. Otto Schmidt (CDU)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1946–1947 (bis 1947 zeitweilig im Landeshaus)

1946–1947	Dr. Hermann Heukamp (parteilos)
1947	Dr. Heinrich Lübke (CDU) (bis 1952 Minister)

Minister für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie

2001–2002	Harald Schartau (SPD) (seit 2000 Minister)
------------------	---

Minister für Wirtschaft und Arbeit

2002–2005	Harald Schartau (SPD)
------------------	-----------------------

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration

2005 bis heute	Armin Laschet (CDU)
-----------------------	---------------------

Nutzer der Villa Horion 1911 bis heute

Landeshauptleute
des Rheinischen Provinzialverbandes 1911–1945



1911–1921
Dr. Ludwig von Renvers
(seit 1903
Landeshauptmann)



1922–1933
Dr. Johannes Horion
(Zentrum)



1933–1945
Heinrich (Heinz) Haake
(NSDAP)

Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen 1959–1999



1959–1966
Dr. Franz Meyers
(CDU)
(seit 1958 Minister-
präsident)



1966–1978
Heinz Kühn
(SPD)



1978–1998
Dr. Johannes Rau
(SPD)



1998–1999
Wolfgang Clement
(SPD)
(bis 2002 Minister-
präsident)

Präsident(-in)
des Landtages Nordrhein-Westfalen 2001 bis heute



2001–2005
Ulrich Schmidt
(SPD)
(seit 1995 Präsident)



2005 bis heute
Regina van Dinter
(CDU)

Chronik zur Geschichte des Landeshauses und der Villa Horion

1909–1918

13.03.1907

Auftrag des Rheinischen Provinziallandtages an den Provinzialausschuss zur Ermittlung des Raumbedarfs für Landtag und Zentralverwaltung

30.10.1908

Entscheidung des Preisgerichts zugunsten des Entwurfs „Rheinland“ des Architekten Hermann vom Endt für den Umbau des Ständehauses

26.02.1909

Einreichung der Baupläne an den Provinziallandtag durch Landeshauptmann Dr. Ludwig von Renvers

12.03.1909

Zustimmung des Rheinischen Provinziallandtages zum Bau des Landeshauses und einer Dienstwohnung für den Landeshauptmann

23.03.1909

Entsprechender Beschluss des Provinzialausschusses

27.04.1909

Einrichtung der Baustelle

13.08.1909

Bauerlaubnisschein der Polizeiverwaltung der Stadt Düsseldorf

16.10.1909

Kaufvertrag zwischen dem Rheinischen Provinzialverband und der Stadt Düsseldorf über das Grundstück am Berger Ufer (heute: Mannesmannufer)

21.07.1911

Fertigstellung des Landeshauses und Beginn des Umzugs der Zentralverwaltung des Provinzialverbandes

1911/12

Bau des Verwaltungsgebäudes von „Mannesmann“ durch Dr. Peter Behrens unmittelbar nördlich des Landeshauses

12.07.1915

Aufstellung des von Leon Lauffs und Hermann vom Endt entworfenen Dreimädelbrunnens vor der Dienstvilla des Landeshauptmanns

1919–1945

13.03.1921

Zusammentritt des ersten demokratisch gewählten Provinziallandtages

14.03.1922

Wahl von Dr. Johannes Horion (Zentrum) als Nachfolger von Dr. Ludwig von Renvers zum Landeshauptmann der Rheinprovinz

1930–1933

Vergrößerung des Landeshauses nach den Plänen von Landesoberbaurat Konrad Rühl

19.02.1933

Tod des Landeshauptmanns Dr. Johannes Horion

11.04.1933

Wahl von Heinz Haake (NSDAP) zum neuen Landeshauptmann

15.12.1933

Auflösung des Rheinischen Provinziallandtages und des Provinzialausschusses sowie Übertragung der Kompetenzen an den Oberpräsidenten, faktisch aber Fortführung der Verwaltung durch den Landeshauptmann

1946–2009

1934

Umbau der Mansarddächer und Bau von sieben Luftschutzräumen im Landeshaus

1942–1945

Einlagerung von Gemälden des Landesmuseums Bonn im Landeshaus

1944/45

Bombenschäden am Landeshaus und an der Dienstvilla des Landeshauptmanns im Zweiten Weltkrieg

März 1945

Verlegung der Zentralverwaltung des Rheinischen Provinzialverbandes vom Düsseldorfer Landeshaus in die Landesfrauenklinik Wuppertal

1945–1953

Provisorische Selbstverwaltung in der Nord-Rheinprovinz durch den Ersten Landesrat Dr. Wilhelm Kitz mit Sitz im Landeshaus

1946–1956

Nutzung der Villa Horion durch ein britisches Offizierscasino

1946–1953

Nutzung des Landeshauses durch das Arbeits-, das Sozial-, das Ernährungs- und das Wiederaufbauministerium sowie den Entnazifizierungsausschuss

12.05.1953

Verabschiedung der Landschaftsverbandsordnung im Landtag Nordrhein-Westfalen

01.10.1953

Neugründung des Landschaftsverbandes Rheinland und Wahl des ersten Landesdirektors Dr. Udo Klaus, Landeshaus als Sitz der Hauptverwaltung

04.11.1954

Beschluss zur Verlegung des Verwaltungssitzes des Landschaftsverbandes Rheinland nach Köln

1955–1970

Nutzung des Landeshauses durch das Arbeits- und Sozialministerium

27.03.1956

Erneuter Beschluss zur Verlegung des Landschaftsverbandes Rheinland nach Köln

02.04.1958

Kaufvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landschaftsverband Rheinland über das Landeshaus und das Ständehaus

09.12.1958

Fertigstellung des dem Landeshaus benachbarten Mannesmann-Hochhauses (heute: Vodafone-Hochhaus)

Januar 1959

Beginn der Grundsanie rung der Villa Horion

Herbst 1959

Einzug des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers (CDU) in die Villa Horion

01.10.1959

Abschluss des Auszugs des Landschaftsverbandes Rheinland und Beginn der Grundsanie rung im Landeshaus

12.10.1959

Neuer Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann (CDU)

05.03.1960

Erster Staatsbesuch in der Villa Horion durch den peruanischen Staatspräsidenten Manuel Prado

1961

Abschluss der Sanierungsarbeiten und vollständiger Einzug des Arbeits- und Sozialministeriums und der Staatskanzlei in das Landeshaus

06.09.1962

Staatsbesuch in der Villa Horion durch den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle

Chronik zur Geschichte des Landeshauses und der Villa Horion

1946–2009

01.09.1965

Baubeginn der Rheinkniebrücke

08.12.1966

Neuer Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD)

Neuer Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen (SPD)

16.10.1969

Freigabe der Rheinkniebrücke für den Verkehr

28.07.1970

Umbenennung des Arbeits- und Sozialministeriums in Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS)

04.06.1975

Neuer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD)

20.09.1978

Neuer Ministerpräsident Dr. Johannes Rau (SPD)

07.12.1978

Landtagsbeschluss zum Neubau eines Landtagsgebäudes im Berger Hafen

20.01.1979

Baubeginn des Rheinturmes

01.04.1982

Eröffnung des Rheinturmes

Mai 1982

Baubeginn des neuen Landtagsgebäudes am Rhein

25.05.1984

Eintragung des Landeshauses und der Villa Horion in die Denkmalliste der Stadt Düsseldorf

30.05.1985

Neuer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Hermann Heinemann (SPD)

26.02.1986

Erster Staatsbesuch eines regierenden Monarchen, König Juan Carlos von Spanien, in der Villa Horion

02.10.1988

Eröffnung des neuen Landtagsgebäudes am Rhein

15.03.1990

Baubeginn des Rheinufertunnels

27.10.1990

Sprengung der Hochstraße vor dem Landtag

08.01.1991

Versuchter Sprengstoffanschlag der „Revolutionären Zellen“ auf das Landeshaus und die Villa Horion

17.12.1992

Neuer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Franz Müntefering (SPD)

14.09.1993

Staatsbesuch des japanischen Kaisers Akihito in der Villa Horion

15.12.1993

Freigabe des Rheinufertunnels für den Verkehr

10.06.1995

Eröffnung der Rheinuferpromenade mit einem Tag der offenen Tür im Landeshaus und in der Villa Horion

02.11.1995

Neuer Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Dr. Axel Horstmann (SPD)

April/Mai 1996

Umzug des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales an den Fürstenwall

17.10.1997

Eröffnung des „Roncalli's Apollo Varieté“ unter der Rheinkniebrücke

17.06.1998

Neuer Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD)

27.03.1999

Umzug des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei in das Stadttor

1999–2001

Grundsanierung des Landeshauses

2001

Grundsanierung der Villa Horion

2001

Einzug des Ministers für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie (MASQT) Harald Schartau (SPD) in das Landeshaus

18.12.2001

Einzug des Petitionsausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen in die Villa Horion

12.11.2002

Neuer Minister für Wirtschaft und Arbeit Harald Schartau (SPD)

24.06.2005

Einzug des neuen Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) Armin Laschet (CDU) in das Landeshaus

26./27.08.2006

„Fest der Generationen“ im Landeshaus zum 60-jährigen Landesjubiläum

10.02.2007

Eröffnung der Ausstellungsräume von „Kunst im Tunnel“ (KIT)

10.05.2007

Aufstellung einer durch die britische Bildhauerin Ann Weers-Lacey geschaffenen Bronzeskulptur von Johannes Rau vor der Villa Horion und Umbenennung des Platzes vor der Villa Horion in Johannes-Rau-Platz

03.03.2008

Aufnahme des Landeshauses in den Lichtmasterplan der Stadt Düsseldorf

06.03.2008

Wiederaufstellen der Skulptur von Johannes Rau nach Abschluss von Bauarbeiten

Dezember 2008

Kaufvertrag zwischen dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen und Vodafone über den Erwerb des Bürogebäudekomplexes am Rheinufer für die zukünftige Nutzung durch Landesbehörden

Quellen und Literatur

Ungedruckte Quellen

Land Nordrhein-Westfalen

Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Düsseldorf

- Bauakten Villa Horion

Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Standort Düsseldorf

- BR 2041 Bezirksregierung, Staatshochbauamt Düsseldorf, Nr. 40
- NW 95 Finanzministerium, Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung, Nr. 1–3
- NW 101 Ministerium für Wiederaufbau, Staatshochbau, Nr. 16, 38, 40, 43–47, 52, 78
- NW 179 Staatskanzlei, Nr. 88, 1220, 1221
- NW 246 Ministerium für Wiederaufbau, Neu- und Wiederaufbau staatlicher Gebäude, Nr. 10, 132, 133, 193-197, 200–205
- NW 1142 Staatliches Hochbauamt, Nr. 640
- RW 50-53 Rheinische Gemeindeverbände, Nr. 171, 173, 3064
- RWB Staatskanzlei, Landespresse- und Informationsamt, Fotobestand
- RWN 51, Nachlass Wilhelm Kitz, Nr. 2

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI)

- Verwaltungsakten

Staatskanzlei NRW

- Verwaltungsakten

Stadt Düsseldorf

Bauaufsichtsamt

- Haroldstraße 2: 2 Bde.
- Horionplatz 1: 9 Bde.

Institut für Denkmalschutz und Denkmalpflege

Stadtarchiv

- Städtische Akten IV, Nr. 1673
- Fotoarchiv
- Stadtchronik
- Zeitungssammlung:
 - Düsseldorfer Generalanzeiger, Jgg. 1908–1912
 - Düsseldorfer Tageblatt, Jgg. 1908–1912

Landschaftsverband Rheinland (LVR)

Archiv, Pulheim-Brauweiler

- Zentralverwaltung des Provinzialverbandes Nr. 33, 3014–3019, 3024, 3031, 3176, 8419, 19704, 24826, 35398

LVR-Zentrum für Medien und Bildung, Düsseldorf

- Abteilung Medienproduktion

Rheinische Denkmalpflege, Pulheim-Brauweiler

Gedruckte Quellen

Baltzer, Die Provinzialdienstgebäude (Ständehaus und Landeshaus), in: [Johannes] Horion (Hg.), Die rheinische Provinzialverwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, hg. zur Jahrtausendfeier der Rheinprovinz vom Landeshauptmann in Verbindung mit den oberen Beamten der Provinzialverwaltung, Düsseldorf 1925, S. 603–614.

Endt, Hermann vom, Eine Auswahl Bauten, Charlottenburg [1920] (= Sammelwerk neuzeitlicher Bauten).

Horion, [Johannes], Die Entwicklung der provinziellen Selbstverwaltung der Rheinprovinz, in: ders. (Hg.), Die rheinische Provinzialverwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, hg. zur Jahrtausendfeier der Rheinprovinz vom Landeshauptmann in Verbindung mit den oberen Beamten der Provinzialverwaltung, Düsseldorf 1925, S. 9-79.

Horion, [Johannes] (Hg.), Die rheinische Provinzialverwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand, hg. zur Jahrtausendfeier der Rheinprovinz vom Landeshauptmann in Verbindung mit den oberen Beamten der Provinzialverwaltung, Düsseldorf 1925.

Kisky, Wilhelm, Das Archiv der Rheinischen Provinzialverwaltung im Landeshaus in Düsseldorf, in: Rheinische Heimatpflege 10 (1938), S. 342–346.

Kunst und Bau im Landeshaus, hg. vom Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Neuss 2002.

Landschaftsverband Rheinland (Hg.), Der Landschaftsverband Rheinland. Ein Handbuch mit dem Bericht der Verwaltung über den Zeitraum von der Gründung bis zum 31. März 1958, [Essen] 1959.

Meyers, Franz, gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1982.

Verhandlungen des 47. Rheinischen Provinziallandtags vom 10. bis zum 16. März 1907, Düsseldorf 1907.

Verhandlungen des 48. Rheinischen Provinziallandtags vom 8. bis zum 14. März 1908, Düsseldorf 1908.

Verhandlungen des 49. Rheinischen Provinziallandtags vom 7. bis zum 16. März 1909, Düsseldorf 1909.

Verhandlungen des 50. Rheinischen Provinziallandtags vom 6. bis zum 12. März 1910, Düsseldorf 1910.

Literatur

Düding, Dieter, Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag, Düsseldorf 2008 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus).

Hartung, Hans Rudolf, Von Koblenz über Düsseldorf nach Köln. Die Wege der rheinischen Provinzialverwaltung seit 1824, in: Neues Rheinland 1 (1958/59), April/Mai 1959, S. 14–20.

Heimeshoff, Jörg, Denkmalgeschützte Häuser in Düsseldorf mit Garten- und Bodendenkmälern, Essen 2001.

Hüttenberger, Peter, Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 3: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert), Düsseldorf 1989.

Kanz, Roland/Jürgen Wiener, Architekturführer Düsseldorf, Berlin 2001.

Karnau, Oliver, Düsseldorf am Rhein. Die architektonische und städtebauliche Neugestaltung des Rheinufers um 1900, Düsseldorf 2002 (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Düsseldorf, 9).

Karnau, Oliver, Der Düsseldorfer Hafen. Wirtschaftspolitik und Stadtausbau in Wilhelminischer Zeit, Düsseldorf 1990 (= Studien zur Düsseldorfer Wirtschaftsgeschichte, 4).

Knopp, Gisbert, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Düsseldorf in den Jahren 1899–1919, Düsseldorf 1974.

Lademacher, Horst, Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband. Zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung der Rheinlande, Köln 1973.

Looz-Corswarem, Clemens von, Düsseldorf. Ein verlorenes Stadtbild. Unter Mitarbeit von Klaudia Wehofen, Gudensberg-Gleichen 1994.

Looz-Corswarem, Clemens von/Rolf Purpar, Kunststadt Düsseldorf. Objekte und Denkmäler im Stadtbild, Düsseldorf 1996.

Maes, Hans/Alfons Houben, Düsseldorf in Stein und Bronze, Düsseldorf 1976.

Neidhöfer, Karl H., Düsseldorf. Straßennamen und ihre Geschichte, Düsseldorf 1979.

Rademacher, Horst u. a., Düsseldorf und seine Häfen. Zur Verkehrs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt aus Anlaß des 100jährigen Hafenjubiläums 1896–1996, Wuppertal 1996.

Romeyk, Horst, Verwaltungs- und Behörden-geschichte der Rheinprovinz 1914–1945, Düsseldorf 1985 (= Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 63).

Romeyk, Horst, Kleine Verwaltungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Siegburg 1988 (= Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, C 25).

Romeyk, Horst, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994 (= Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, 69).

Romeyk, Horst, „Sparsam, jedoch auch gebührend würdig“ – Das Regierungsviertel in Düsseldorf, in: ders./Christian Reinicke (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996, Münster 1996 (= Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, C 36), S. 340–344.

Romeyk, Horst/Heinrich Haake (1892–1945), in: Franz-Josef Heyen (Hg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. 17, Köln 1997, S. 187–222.

Schlieve, Karl Peter (Bearb.), Preussische Bauten am Rhein, hg. v. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) im Auftrage des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NW, Duisburg 1983 (= Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderveröffentlichung, 0.022).

Schmitz, Kurt, Der Rheinische Provinziallandtag 1875–1933, Neustadt/Aisch 1967 (= Bergische Forschungen, 6).

Schürmann, Sonja, Öffentliche Bauten, Geschäfts- und Verwaltungsbauten der ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts in Düsseldorf, in: Jahrbuch der Rheinischen Denkmalpflege 33 (1989), S. 53–76.

Spohr, Edmund/Hatto Küffner, Düsseldorf. Eine Stadt zwischen Tradition und Vision. Bauten der Landeshauptstadt, Kleve 2002.

Zweite, Armin (Hg.), Das Ständehaus in Düsseldorf 1875 – 2002. Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen im Ständehaus, Düsseldorf/Köln 2002.

Internetressourcen

<http://www.archive.nrw.de/LandesarchivNRW/abteilungRheinlandStandortDuesseldorf/index.html>

<http://www.duesseldorf.de/stadtarchiv/index.shtml>

<http://www.geschichtswerkstatt-duesseldorf.de>

<http://www.landtag.nrw.de>

<http://www.lvr.de>

<http://www.mgffi.de>

<http://www.nrw.de>

<http://www.zeit.de>

Bildnachweis

Fotoarchiv Jupp Darching im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung: 52
Kunsthalle Düsseldorf: 54 (Ivo Faber)
Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Standort Düsseldorf (NW 101 bzw. RWB): 30, 36, 38, 43, 44, 45, 46, 48, 49, 50, 52, 68
Landschaftsverband Rheinland, Archiv: 6, 7, 13, 15, 17, 27, 29, 31, 37, 68
Landtag Nordrhein-Westfalen, Bildarchiv: 50, 69 (Bernd Schälte)
LVR-Zentrum für Medien und Bildung Rheinland: 9, 14 (Stefan Arendt), 24, 26, 39 (Marita Peren), 51 (Annika Czerwinski), 54 (Stefan Arendt), 55 (Inge Jung)
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Titel (Ralph Sondermann), 1 (Werner Gritzbach), 46 (Ralph Sondermann), 56 (Frank Ossenbrink), 57 (Achim Kukulies), 58 (Ralph Sondermann), 59 (Ralph Sondermann), 59 (Sepp Spiegel), 60 (Sepp Spiegel), 61 (Werner Gitzbach), 62 (Ralph Sondermann), 78 (Ralph Sondermann)
Slominski, Josef Albert: 43, 68
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Pressestelle: 52 (Ralph Sondermann), 53, 55 (Wilfried Meyer), 56, 69
Stadtarchiv Düsseldorf: 7, 10, 11 (Julius Söhn), 12 (Ilse Deus), 14 (Landesbildstelle, Julius Söhn), 16 (Julius Söhn), 17, 18 (Julius Söhn), 19, 21 (Julius Söhn), 25 (Martin Knauer), 28 (Julius Söhn), 29 (Julius Söhn), 32, 33 (Pablo-Bild), 40, 42 (Nils-son u. Forsmann), 51 (Gerhard Meyer), 54 (Armin Heinrichs)
VG Bild-Kunst: 57, 58, 59, 60

Wir haben uns bemüht, die Inhaber aller Urheberrechte der in dieser Broschüre abgedruckten Bilder ausfindig zu machen. Sollte es im Einzelfall nicht ausreichend gelungen oder zu Fehlern gekommen sein, bitten wir die Rechteinhaber, sich bei uns zu melden, damit wir berechtigten Forderungen unverzüglich nachkommen können.

Impressum

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 861850
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

Ansprechpartner

Zentralabteilung
maria.huesmann-kaiser@mgffi.nrw.de
ute.neumann@mgffi.nrw.de

Autor

Dr. Ewald Grothe
Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal,
Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

Gestaltung

MALZKORN Kommunikation & Gestaltung GbR, Köln

Druck

Druckerei und Verlag Peter Pomp GmbH, Bottrop

© 2009/MGFFI 1083

ISBN 978-3-00-027862-4

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.mgffi.nrw.de/publikationen
- telefonisch: 01803-100110
C@II-NRW (9 Cent/Min.*)
(*aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG)

Bitte die Veröffentlichungsnummer **1083** angeben.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 8618-50
info@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de

